

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

78 (7.9.1946)

er schon jetzt Betriebe führt (dann) et. ab überverband die Kärntner, die in der Tabakwaren- und Zigarettenindustrie tätig sind. Der Verband hat die Aufgabe, die Interessen der Tabak- und Zigarettenindustrie zu vertreten. Er hat die Aufgabe, die Interessen der Tabak- und Zigarettenindustrie zu vertreten. Er hat die Aufgabe, die Interessen der Tabak- und Zigarettenindustrie zu vertreten.

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe, Samstags- und Sonntagsausgabe, 1. Jahrgang

1. Jahrgang

Karlsruhe, Samstag, 7. September 1946

Nummer 78

Einzelverkaufspreis 20 Pf., Monats-Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,36 zuzüglich RM 0,36 Zustelgebühren. Anzeigenpreis: Die 10gesp. Nonp-Zeile RM 2,- in Bezirksausg. RM 1,-. Amtl. Anz. der HfBfW.

# BADISCHE NEUPOST WÄRTTEMBERGISCHE

## James F. Byrnes sprach in Stuttgart

### Kein europäisches Desinteressement der Ver. Staaten — Für Deutschlands Einheit auf Grundlage der Potsdamer Beschlüsse

Stuttgart, 6. Sept. (Eisenbericht der BNN) Ein politisches Ereignis von überaus großer Bedeutung für Deutschland von schicksalhafter Bedeutung, war mit der großen Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes gegeben. Er war die große Anekdote, die die entscheidenden Fragen Deutschlands klar formuliert, und nicht minder klar beantwortete Rede des amerikanischen Staatsmannes eingehen, eine grundsätzliche Betrachtung zuvor.

Die Rede wurde gehalten in einem Augenblick, in dem offenkundig ist, daß dem Willen der Ver. Staaten und Großbritanniens, die Potsdamer Vereinbarungen der Großen Vier zu verwirklichen, ein Nichtmitglied der Sowjetunion und Frankreich gegenübersteht. Byrnes sprach zu einem Zeitpunkt, zu dem die USA und Großbritannien die Vereinbarungen den Weg zu ebenen durch Vereinbarung der amerikanischen und der britischen Zone Deutschlands. Es bestehen der Wunsch und die Hoffnung, daß entsprechend dem Potsdamer Abkommen, entsprechend ferner dem zumindestens weitgehend abgeklärten, unbestreitbaren Notwendigkeiten Deutschlands sich Rußland und Frankreich oder wenigstens eine dieser Mächte dem amerikanischen-britischen Vorhaben anschließen.

Es ist oft gesagt worden, daß Deutschland heute nicht weiter als Objekt der Politik sei. Dies ist nicht richtig. Indem Deutschland durch seine berufenen Vertreter, die Länderregierungen und die Parteien, seine Stimme erhebt und ruhig und sachlich die Voraussetzungen politischer und wirtschaftlicher Art beibringt, die zugehen werden müssen, soll es nicht verurteilt, radikalisiert und damit zu einem europäischen Gefahr werden, macht es sich im Rahmen der gegebenen Beschränkungen wieder zum politischen Faktor. Unter solchem Gesichtswinkel muß man es sehen, daß der Leiter der amerikanischen Außenpolitik in Deutschland gesprochen hat, daß es ein Ereignis wurde, den Außenminister einer Siegermacht im Lande des Besiegten auch vor dessen Repräsentanten hören zu können. Es liegt hierin eine Absicht, die hochpolitisch ist. Sie dokumentiert nicht nur die Entschlossenheit der Ver. Staaten, Europa nicht zu überlassen, sondern auch die Anerkennung, daß das deutsche Problem das derzeit brennendste Problem ist, das Problem, ohne dessen befriedigende Lösung keine Befriedung und Gesundung Europas erreicht werden kann. Daß James F. Byrnes sich nach dem Stuttgarter Rede am 6. September wählte, beweist die unumstößliche Tatsache, daß die Ver. Staaten nicht daran denken (wie törichte Gerüchte leuchtig wissen wollten), die deutschen Angelegenheiten sich selbst oder anderen zu überlassen, sondern an ihnen weiter im Sinne der Potsdamer Vereinbarungen arbeiten werden. Daß Byrnes in Deutschland in der Öffentlichkeit als Außenminister in prägnanter Weise feststellte, wird von dem deutschen Volk mit Freude aufgenommen werden, denn es begriff, daß ihm damit eine Ermütigung und die Versicherung gegeben ist, daß ihm von den Ver. Staaten nicht mit Gefühlen der Verdammnis oder gar Rache, sondern mit Geduld und einer aus Verständnis gebundenen Hilfsbereitschaft begegnet wird, die das deutsche Volk mit Dankbarkeit erfüllen muß.

in der Hoffnung auf Frieden abseits stehen, wenn eine Nation Gewalt anwende oder mit Gewalt drohe, um die Herrschaft über andere Völker und Regierungen zu erlangen. Die Ver. Staaten erstreben, so sagte Byrnes, einen dauerhaften Frieden. Sie werden sich hinsichtlich des Friedens für Deutschland gegen zu harte und von Rücksicht diktierte Maßnahmen wehren, die einen wirklichen Frieden im Wege stehen, aber auch gegen zu milde Maßnahmen, die zum Bruch des Friedens einladen. Das deutsche Volk, dessen große Kräfte und Fähigkeiten die Minister erwähnte, habe nun Gelegenheit, sich nach seiner Befreiung vom Militarismus für Werke des Friedens einzusetzen, um wieder Achtung und Freundschaft und einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Ver. Staaten einzunehmen.

James F. Byrnes betonte den Willen der Ver. Staaten, den nach dem ersten Weltkrieg gemachten Fehler des Desinteressements an den europäischen Angelegenheiten nicht zu wiederholen. „Wir sind entschlossen, uns weiter für die Angelegenheiten Europas und der Welt zu interessieren“, erklärte er wörtlich und fügte in einem Bekanntheit zur Organisation der Ver. Nationen hinzu, daß die Ver. Staaten diese mit ihrer ganzen Macht und all ihren Hilfsquellen unterstützen wollen.

Der amerikanische Außenminister stellte im weiteren Verlauf seiner Rede die Bereitschaft der Ver. Staaten fest, die Potsdamer Beschlüsse in vollem Umfange durchzuführen. Er erklärte, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands nicht verwirklicht, dann und hiermit trug der Minister einer sich immer stärker erwiesenen deutschen Notwendigkeit voll Rechnung. „Dann müßte die vom Alliierten Kontrollrat genehmigte Inflation mit der Forderung nach einer deutschen Zentralverwaltung, bestehend aus einem deutschen Nationalrat, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder oder Provinzen zusammensetzt, in jeder der vier Zonen gebildet worden sind.“ Sei eine völlige wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands nicht zu erreichen, würden die amerikanische und die britische Regierung alles tun, eine größtmögliche Vereinigung zu sichern. Ziel bleibt die völlige Vereinheitlichung. Eine zentrale Finanzbehörde, eine gemeinsame Finanzpolitik sei notwendig zur Verhinderung eines Inflation und zur Durchführung einer drastischen Haushaltsreform, ferner eine Befreiung des Verkehrs, Nachrichten- und Transportwesens von Zensuren. „Zweifellos, ein gemeinsames Verwaltungssystem für Landwirtschaft, für Industrie und Außenhandel, Deutschland müsse sich selbstverwaltung anführen können. Deutschland sei ein Teil Europas; die Gesundung in Europa und besonders in den Nachbarstaaten wird nur langsam voranschreiten, wenn Deutschland mit seinen großen Bodenschätzen an Eisen und Kohle in ein Armenhaus verwandelt wird.“

Zur künftigen deutschen Staatsform erklärte Außenminister Byrnes, daß die Potsdamer Beschlüsse, daß namentlich die wesentlichen der Alliierten dem deutschen Volk die wesentlichen Friedensbedingungen klarmachen und ihm gleichzeitig die Erlaubnis und Unterstützung zur Vorbereitung einer deutschen Regierung geben sollten, die in der Lage wäre, die Friedensbe-

dingung zu akzeptieren und zu befolgen. Es ist hierdurch nach Byrnes Worten an einen deutschen Bundesstaat mit einer Zentralregierung, den Deutschen Nationalrat, gedacht, der keine starke zentrale, sondern eine Regierung darstellen würde, die den Ländern weitgehende eigene Selbständigkeit lassen und nur für jene Angelegenheiten Machtbefugnisse haben soll, die einer einheitlichen Regelung für ganz Deutschland bedürfen. Eine solche Regierung würde die Gefahr einer sich leicht in Undemokratie verlieren könnten Zentralgewalt hängen und die Entwicklung der Länder nach ihrer Eigenart unter Stärkung des Nationalrats soll obliegen. Die Ausarbeitung des Entwurfs einer Bundesverfassung für Deutschland, auf der Basis der Demokratie, der Menschenrechte und der grundsätzlichen Freiheit aller. Dieses Deutschland soll nach dem Willen der Ver. Staaten frei und unabhängig sein, nicht Vasall einer Macht oder irgendwelcher Mächte.

In Konsequenz seiner Feststellung, daß Deutschland die Friedensbedingungen namentlich bekanntzugeben werden sollten, bezeichnete Byrnes die Zeit als gekommen, die Grenzen des neuen Deutschland festzusetzen. Stärke Beachtung verdient sein Hinweis darauf, daß die in Potsdam erfolgten Zeitungen mit dem Ziel verläufig, vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung der Friedenskonferenz, erfolgen. An den damaligen Vorschlag der Sowjetunion, die hinsichtlich der endgültigen Überzeugung von Königsberg und der halben Ostpreußen unter polnische Verwaltung zu stellen, wies Byrnes Worte gebunden, wenn die russische Regierung ihre Auffassung diesbezüglich nicht ändere. Man kann diese Worte des amerikanischen Außenministers wohl kaum so verstehen, daß sie eine Bereitschaft enthalten, die russischen Forderungen zu entsprechen. Was den russischen Forderungen zu entsprechen, was die Polen zu Verwaltungszwecken übergebenen ostpreussischen Gebiete anbelangt, bezog sich Byrnes auf die Potsdamer Abkommen, in dem sich die Staatsbehörden der beteiligten Staaten nicht darauf einigten, die Abtretung irgend eines Gebietes zu unterstützen. Eine Grenzrevision zu Gunsten Polens jedoch würden die Ver. Staaten unterstützen. So wesentlich die Feststellung des amerikanischen Außenministers war, daß sie keine Einriffe in unbestrittenen deutschen Gebieten, die in Potsdam als Ergebnis eines schiedsgerichtlichen Verfahrens festgelegt wurden, zu unterstützen, werden, so kontrastierend wirkte die Anerkennung eines französischen Anspruchs auf das Saargebiet, dessen Bevölkerung, wie wir hoffen möchten, über sein Schicksal durch eine Volksabstimmung zu entscheiden.

James F. Byrnes ging gegen Ende seiner Rede in wohlwollend schonungsvoller Weise auf die Konsequenzen ein, die das deutsche Volk nach den 12 Jahre Herrschaft des Nazismus zu tragen hat, das deutsche Volk habe nicht den Wunsch, das deutsche zu verklären. Es wolle nicht seine Leiden vermehren und ihm die Gelegenheit verweigern, sich aus seinen Nöten herauszuarbeiten. „Das amerikanische Volk wünscht“, so schloß James F. Byrnes, „den deutschen Volk die Regierung, die das Nazismus zurückzugeben, seinen Weg zurückzuführen zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“

Der Beifall, mit dem das Haus dem amerikanischen Außenminister dankte, war überaus stark. Am dankbarsten der Beifall der deutschen Hören. Gefühl der Erleichterung darüber werteten, daß in Lebensfragen des deutschen Volkes volle Klarheit geschaffen worden ist. Und mit der Hoffnung, daß die Entwicklung von James F. Byrnes vorgezeichneten Wege gehen möge.

Der amerikanische Staatsmann dankte für den Beifall wiederholt mit einer Geste, die besanbernd



James F. Byrnes, Außenminister der USA. (danzBild)

(danz) James F. Byrnes, der gestern in Stuttgart sprach, ist seit 3. Juli 1945 Außenminister der Ver. Staaten. Er war ein Freund und langjähriger Außenpolitischer Berater des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, den er im Februar 1945 zu der Krimkonferenz begleitete.

Der schneize, lebhaft, von Tatkraft erfüllte Mann wirkt jünger als er ist. Er besitzt langjährige, politische Erfahrung als Kongreßmitglied im Repräsentantenhaus und Senat und hat einen starken Charakter. Er war ein entscheidender Anwalt der Freiheit und des Bestrebens, trotz Meinungsverschiedenheiten eine für alle befriedigende Lösung zu finden, machen ihn zu einem angenehmen Verhandlungspartner.

Byrnes entstammt einer irischen Familie aus dem Südstaat von North Carolina. Er wurde im Jahre 1879 in Charleston (South Carolina) geboren. Sein Vater starb früh. Mit 14 Jahren verließ er die Schule und wurde Lehrling in einem Anwaltsbüro. Seine juristischen Kenntnisse erwarb er sich im Selbststudium und durch praktische Arbeit. Doch merkte er bald, daß sein eigentliches Gebiet die Politik sei.

Im Jahre 1910 wurde er in das Repräsentantenhaus gewählt, dem er 14 Jahre angehörte. Seine Fähigkeiten, seine Unbestechlichkeit und die Gabe, Freunde zu erwerben und zu halten, verschafften ihm bald Einfluß. Er war ein entscheidender Anwalt des Präsidenten Wilson, dessen Lehre vom Weltfrieden er 1920 auf dem Kongreß der Demokratischen Partei verfocht.

Im Jahre 1930 wurde Byrnes in den Senat gewählt, wo er sich für die Durchsetzung der meisten Gesetze zur Wirtschaftsreform und zur Belebung der Wirtschaft im Rahmen von Roosevelts Deal einsetzte und bald ein führendes Senatsmitglied wurde. Im Juni 1941 berief Roosevelt ihn in den obersten Gerichtshof, doch schon im Oktober des folgenden Jahres mußte er die Leitung des neu gegründeten Amtes zur wirtschaftlichen Stabilisierung übernehmen. Es folgte im Mai 1943 der Posten der Direktors des „Amtes für Kriegsmobilisierung“, mit dem Byrnes alle Vollmachten zur Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Regierungsstellen erhielt. Im April 1945 trat er von diesem Amt zurück, doch zog Präsident Truman ihn häufig zu Beratungen heran und ernannte ihn zwei Monate später zum Außenminister.

## Aus aller Welt

Washington. „Die Regierung der USA betrachtet den Flugzeugabsturz auf jugoslawischem Gebiet als beilegend, wenn Jugoslawien entsprechende Entschädigung leistet“, erklärte der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Clayton.

New York. Generalissimo Tschiangkai-schek erklärte seine Bereitschaft, das Feuer einstellen zu lassen, wenn die Kommunisten das gleiche tun würden.

Ottawa. Der kanad. Ministerpräsident Mackenzie King gibt den Posten des Außenministers an den bisherigen Justizminister L. S. Laurent ab. Zum erstenmal in der Geschichte Kanadas ist damit der Posten des Ministerpräsidenten und des Außenministers nicht mehr in einer Person vereint.

London. Das jugoslawische Regierung hat beim Alliierten Rat für Oesterreich gegen die Überführung jugoslawischer Schiffe von einem Donauhafen zum anderen innerhalb der amerikanischen Besatzungszone protestiert. (INS)

Paris. Verhandlungen über die britisch-französischen Handels- und Finanzbeziehungen wurden am 5. d. Mts. zwischen dem britischen Außenminister Ernest Bevin und dem französischen Außenminister Georges Bidault begonnen.

Athen. Die britischen Truppen, die gegenwärtig im Bereich der griechischen Hauptstadt stationiert sind, werden, wie der britische Botschafter in Griechenland, Clifford Norton, bekanntgab, bis zum 15. September zurückzuziehen.

## Letzte Neuigkeiten

Württembergisch-badischer Verfassungsentwurf abgeschlossen

Stuttgart, 7. Sept. (danz) Der Verfassungsausschuß der Landesversammlung, Württemberg-Baden hat die Beratungen des Verfassungsentwurfes abgeschlossen. Durch diese Beratungen erfährt der Entwurf eine beträchtliche Umgestaltung sowie Ergänzung und umfaßt jetzt 102 statt 101 Artikel. In der am 11. September stattfindenden Sitzung des Verfassungsausschusses wird der vom Ausschussvorsitzenden Keil verfaßte ausführliche Bericht über die Verhandlungen zur Genehmigung vorgelegt. Der Entwurf wird noch eine zweite und dritte Lesung erfahren, die mit einer Gesamtstimmung abschließen wird.

Paris, 7. Sept. (INS) George Bidault, Außenminister und Präsident der provisorischen französischen Regierung, wird am Samstagmittag über den Rundfunk zum französischen Volk sprechen. Bidault wird, wie die Pariser Presse hierzu schreibt, zu wichtigen innerpolitischen Problemen Stellung nehmen.

Paris, 7. Sept. (INS) Der österreichische Außenminister Dr. Gruber und der italienische Außenminister Giuseppe Casper unterzeichneten ein Abkommen, in dem der autonome Status Südtirols festgelegt wird.

Eisenhower wird Europa besuchen

Washington, 6. Sept. (danz) Der amerikanische Generalstabchef, General Eisenhower, wird voraussichtlich noch in diesem Monat eine Reise zur Inspektion der amerikanischen Truppen in Europa unternehmen.

Entscheidung der Sozialistischen Partei Frankreichs

Paris, 6. Sept. (danz) Der vierte Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs schloß mit der Annahme einer „Allgemeinen politischen Resolution“, in der sowohl die innen- wie außenpolitischen Ziele der Partei umrissen werden.

Die Resolution betont, daß die Sozialistische Partei die Unabhängigkeit von anderen Parteien bewahren wird. Organische Einheit des Proletariats bleibe das oberste Prinzip, sei jedoch nur möglich, wenn sich die kommunistischen Parteien von ihrer politischen wie intellektuellen Abhängigkeit von der Sowjetunion freimachen und die Demokratie der Arbeiterklasse praktisch verwirklichen.

Außenpolitisch enthält die Entscheidung Ablehnung jeglicher Aufteilung Deutschlands oder Angliederung deutscher Gebiete, Forderung nach internationaler Demokratie, Protest „gegen die beherrschende Rolle der drei Großmächte auf der Pariser Konferenz“ und gegen das Vortreten der Sicherheitsrat, sowie die Unterstützung des Prinzips der kollektiven Sicherheit. Der Kongreß sprach sich ferner gegen die noch bestehende Unterteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen aus und verlangt dafür „internationale“ Besetzung, bis Deutschland entzweitigt sei. Im Gegensatz zur augenblicklichen Politik der französischen Regierung, die Ruhr politisch zu internationalisieren, verlangt der Kongreß eine wirtschaftliche Internationalisierung sowie im Rahmen der Reparationsleistungen die Kontrolle über die Saarkohlenzonen.

## Zweizonen-Einheit beschlossen

### Gemeinsame Verwaltung — Rationengleichheit und Aussicht auf Kalorien-erhöhung — Gerechte Verteilung von Rohstoffen

Berlin, 6. Sept. (danz) Die Wirtschaftsvereinbarung zwischen der US- und der britischen Besatzungszone in Deutschland ist am 5. d. Mts. hinsichtlich fünf wichtiger Verwaltungszweige endgültig vereinbart worden und wird innerhalb von zehn Tagen in Kraft treten. Dies wurde am 5. d. Mts. von General Lucius D. Clay, dem stellv. Militärgouverneur der amerikanischen Zone, bekanntgegeben.

Das bedeutet, daß es in Kürze für beide Zonen eine gemeinsame Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Nachrichtenwesen, Transportwesen und für Handel und Industrie geben wird.

Die Aufnahme der Tätigkeit in den einzelnen Verwaltungszweigen kann zu verschiedenen Zeitpunkten erfolgen.

Auf dem Gebiet der Ernährung bedeutet die Wirtschaftsvereinbarung, daß vielleicht schon in der nächsten Zuteilungsperiode die Rationen in beiden Zonen die gleichen sein werden. Es besteht einige Aussicht, daß damit eine leichte Erhöhung der Zuteilung für beide Zonen verknüpft ist.

Ueber folgende Punkte wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt:

1. Es soll ein möglichst gleicher Lebensstandard in beiden Zonen hergestellt werden, der gleiche Lebensmittelmengen bedingt.
2. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die in beiden Zonen zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und Vorräte zu gemeinsamen Nutzen beider Zonen verwendet werden.
3. Alle einheimischen Rohstoffe, die für den vorgesehenen Stand der Lebenshaltung notwendig sind, sollen je nach Bedarf an die deutsche Bevölkerung der beiden Zonen verteilt werden, mit Ausnahme solcher Güter, die der Zuteilung durch ein Viermächteabkommen unterliegen.
4. Überschüsse aus einheimischen Rohstoffen sowie zu verbringende Mengen von Rohstoffen anderer Herkunft sollen für den Interzonenhandel oder für Exportzwecke zur Verfügung gestellt werden.
5. Beide Zonen werden die gleichen Einfuhrmethoden anwenden. Die Einfuhren in jede der beiden Zonen wird

auf Waren beschränkt werden, die nach Art und Menge vereinbart sind, so bemessen sind, daß sie zur Ergänzung der einheimischen Vorräte ausreichen, wenn diese vereinbarten gemeinsamen Lebensstandard notwendig sind.

4. Gleiche Ausfuhrmethoden werden in beiden Zonen angewendet werden. Die Ausfuhr werden auf bestimmte Waren nach Art und Menge beschränkt werden.

Um die Grundsätze der Wirtschaftsvereinbarung zwischen den beiden Zonen durchzuführen, ist es notwendig gewesen, die z. Zt. bestehende deutsche, amerikanische und britische Verwaltungsorganisation in den beiden Zonen in einem gewissen Umfang abzusichern. Der Länderrat und die Länderregierungen der US-Zone sowie die deutschen Verwaltungsstellen in der britischen Zone werden weiterarbeiten.

Jedoch werden sie in Zukunft in Übereinstimmung mit den Anweisungen der zu errichtenden Zwei-Zonen-Verwaltungsbehörden inandern. Sowie die Anordnungen der gemeinsamen Zentralverwaltung der beiden Zonen die Billigung der beiden Militärregierungen gefunden haben, sind diese allein maßgebend für die unterstellten Zonenverwaltungen. Die deutschen Zwei-Zonen-Verwaltungsbehörden werden ihren Sitz in verschiedenen Städten der beiden Zonen haben, werden also nicht zentralisiert sein, da es keine gemeinsame Hauptstadt für die beiden Zonen geben wird.

Zur Überwachung der deutschen Zwei-Zonen-Verwaltungsbehörden wird ein kleiner Zwei-Mächte-Kontrollrat gebildet, der sich aus amerikanischen und britischen Verwaltungsoffizieren zusammensetzt.

Jeder dieser Zwei-Mächte-Kontrollräte wird als eine Einheit arbeiten, obgleich er aus amerikanischen und britischen Verwaltungsbeamten besteht. Die Stäbe werden dazu dienen, die Tätigkeit der deutschen Verwaltungsbehörden zu überwachen und beratend mitzuwirken. Nach dem Muster des Koordinierungsausschusses wird ein Zwei-Mächte-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Byrnes berichtete Truman

Washington, 6. Sept. (danz) Der amerikanische Außenminister Byrnes berichtete am 4. d. Mts. telefonisch an Präsident Truman über die letzten Entwicklungen auf der Pariser Konferenz. Er war das zweite Gespräch in zwei Tagen zwischen dem Außenminister und dem amerikanischen Staatsoberhaupt.

## Export sichert Selbständigkeit

Clayton zum Exportplan General Drapers für Deutschland

Washington, 6. Sept. (danz) „Die Regierung der Ver. Staaten macht den Versuch, in Deutschland hergestellte Bedarfsgüter in solchem Umfang nach den Ver. Staaten zu exportieren, daß sich die amerikanische Besatzungszone Deutschlands selbst ernähren und erhalten kann“, erklärte am Mittwoch in einer Pressekonferenz der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium William Clayton im Hinblick auf den von General William H. Draper jr., Leiter der Wirtschaftsbeihilfe der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, der amerikanischen Regierung vorgelegten Exportplan für die amerikanische Besatzungszone in Deutschland. Da die Potsdamer Beschlüsse seither nicht durchführbar gewesen seien, habe sich die Regierung der Ver. Staaten entschlossen, die Potsdamer Beschlüsse, zunächst im Einvernehmen mit der britischen Regierung für die amerikanische und die brit. Besatzungszone Deutschlands durchzuführen.

## Kampf dem Schwarzhandel

Stuttgart, 6. Sept. (danz) Ein Gesetz oder eine Verordnung zur Bekämpfung des Schwarz- und Schleihhandels wird in einer Entscheidung gefordert, die gemeinsam von Vertretern der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Frauengruppen und verschiedener Behörden an das württemberg-badische Staatsministerium gerichtet wurde.

In dieser Entscheidung werden strenge Strafen für Verkäufer und Käufer von Schwarzmarktartikeln gefordert. Es dürfe für die am Schwarzhandel Beteiligten nur noch Freiheitsstrafe durch Einweisung in ein Arbeitslager geben.

In einer Aussprache zwischen dem Landesernährungsamt, der Preisaufsichtsstelle und der Landespolizei über den schwarzen Markt wurde festgestellt, daß die teilweise noch vorhandenen dezentralisierten Warenlager des Handels und der Industrie restlos erfaßt werden müßten, damit dem schwarzen Markt keine weiteren Waren mehr zufließen könnten.

Eine zweite Entscheidung der Vertreter der verschiedenen Vereinigungen und Behörden richtet sich an die amerikanische Militärregierung für Württemberg-Baden und enthält die Bitte, gegen nicht-deutsche Staatsangehörige, die sich am Schwarzhandel beteiligen, einzuschreiten.

Beide Entschlüsse sollen auch an den ständigen Ausschuss der verfassunggebenden Landesversammlung gerichtet werden.

# Die Beratungen der Großen Vier

### Keine Einigung über nächste UN-Vollversammlung — Sowjetdelegierter für Verminderung rumänischer Reparationsleistungen — Griechenland fordert sein Eigentum von Italien — Verwirrung um Albanien

Paris, 6. Sept. (dona) Am Mittwoch traten in Paris die politischen und territorialen Ausschüsse für Bulgarien, Italien und Ungarn, der militärische Ausschuss und der Reparationsausschuss für Italien, sowie der Außenministerrat der vier Großmächte zusammen.

Der südafrikanische Delegierte brachte im politischen und territorialen Ausschuss für Italien einen Zusatzantrag über die Internationalisierung des westlichen Teils der Jugoslawien zugewanderten Gebiets in der Provinz Venezia Giulia sowie des Gebiets von Triest ein.

Im Verlauf der Sitzung stellte der brasilianische Delegierte einen Antrag, wonach der Außenministerrat einen neuen Sachverständigenausschuss zur nochmaligen Prüfung der Triester Frage ernennen soll.

Der weißrussische Delegierte lehnte sowohl den südafrikanischen als auch den brasilianischen Vorschlag ab und brachte einen Zusatzantrag ein, nach dem Görz unter jugoslawische Verwaltung gestellt werden soll.

Der militärische Ausschuss billigte am Mittwoch vorläufig den Artikel 47 der italienischen Friedensvertragsentwürfe über die zahlenmäßige Besetzung der italienischen Flotte.

Der politische und territoriale Ausschuss für Ungarn trat am Mittwoch zusammen und vertagte sich nach einer kurzen Diskussion über einen tschechoslowakischen und einen jugoslawischen Antrag.

### Griechenland beschuldigt Bulgarien

Der griechische Delegierte beschuldigte Bulgarien in der Mittwoch-Sitzung des politischen und territorialen Ausschusses für Bulgarien expansionistischer Bestrebungen. Der griechische Delegierte nahm in längerer Ausführungen gegen den von Bulgarien vorgebrachten Anspruch auf West-Thrazien Stellung. Gleichzeitig begründete er den Anspruch Griechenlands auf eine strategische Grenzberichtigung an der griechisch-bulgarischen Grenze, um Griechenland gegen bulgarische Angriffe zu schützen.

Der Reparationsausschuss für Italien traf auf seiner ersten Sitzung am Mittwoch eine Kompromißentscheidung hinsichtlich der Zulassung von Pressevertretern zu den Sitzungen dieses Ausschusses. Grundständig Zutritt zu den Sitzungen, können aber, wenn es gewünscht wird, von der Teilnahme ausgeschlossen werden.

### Der Außenministerrat

Die Konferenz der Außenminister der vier Großmächte begann am Mittwochmittag, in Vertretung der sowjetischen Außenminister Wyssinski und Bogomolow. In Begleitung von Byrnes befanden sich die Senatoren Tom Connally und Arthur Vandenberg. Wyssinski schlug vor, die kommende Vollversammlung der Ver. Nationen nicht in New York, sondern in Paris oder Genf abzuhalten. Der Antrag Wyssinski wurde von Außenminister Byrnes zurückgewiesen. Nach dreistündiger Sitzung dauerte die Frage des nächsten Zusammenkommens der UN-Vollversammlung keine Einigung erzielt werden.

Am Donnerstag tagten der politische und territoriale Ausschuss für Italien, der Balkanausschuss und der militärische Ausschuss.

Der sowjetische Delegierte Wyssinski heftigste den stellvertretenden italienischen Ministerpräsidenten Bonomi der Verdrehung der Tatsachen, nachdem dieser am Montag den Anspruch Italiens auf die Provinz Venezia Giulia geltend gemacht hatte.

Zum Abschluss seiner dreistündigen Rede verwarf Wyssinski die italienischen Ansprüche auf Süd- und Westtriazien sowie den bulgarischen Vorschlag, die Entscheidung darüber auf ein Jahr zu vertagen.

### Griechenlands Ansprüche

Der sowjetische Delegierte wandte sich gegen die Forderung der Ver. Staaten, nach der Rumänien alliiertes Eigentum, das während des Krieges zerstört oder beschädigt wurde, in seinem vollen Wert ersetzen soll. Nach dem sowjetischen Standpunkt soll Rumänien nur zum Ersatz eines Drittels der zerstörten Werte verpflichtet werden. Großbritannien und Kanada unterstützten die amerikanische Forderung.

Der ukrainische Delegierte stellte sich dem amerikanischen Antrag ablehnend gegenüber und erklärte, die übrigen Länder hätten von der Sowjetunion gebeten, das Beispiel der Großzügigkeit zu folgen.

Der griechische Antrag über die Zurückerstattung des griechischen Eigentums wurde ebenfalls abgelehnt.

### „Hitlers Weg, der Weg des Todes“

### Späte Erkenntnis Franks — „Politischer Irrtum“ entlastet nicht — Schacht trauert um seinen Lebensabend

Nürnberg, 6. Sept. (dona) „Die durchgeführten Massentötungen an Juden lehne ich ebenso ab, wie sie von jedem vernünftigen Deutschen abgelehnt werden“, so sagte der ehemalige Frankfurter und Herausgeber des „Stürmer“, Julius Streicher, und schob alle Verantwortung hierfür Hitler zu. Der „Stürmer“ habe nicht die psychologische Grundlage zum Judenmord gelegt.

Trotz seiner angeblichen Ablehnung der Judenverbrechen erklärte er, daß er weder als Gauleiter, noch als politischer Schriftsteller ein Verbrechen bezogen habe und deshalb dem Urteil „mit gutem Gewissen“ entgegenstehe.

Die kürzeste Schlusswort sprach von Neufähr, der sich auf die Behauptung beschränkte, daß er „mit reinem Gewissen“ dastehe, und zwar nicht vor sich selbst, sondern auch vor der Geschichte und dem deutschen Volk.

Auch Funk und Sauckel streiten ab. Nach Funk versuchte, seine Tätigkeit als Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident mit dem Hinweis auf die „Loyalität und Treue der Beamten“ zu rechtfertigen.

„Hätte ich diese aussergewöhnlichen Zusammenhänge gekannt“, sagte er heute, „so hätte meine Reichsbank niemals solche Werte zur Aufbewahrung und zur Verwertung angenommen. Ich hätte das abgelehnt, selbst auf die Gefahr hin, daß es mir den Kopf gekostet hätte.“

Eine der längsten Ausführungen machte Sauckel, der sich heute als kleiner Mann hinstellen möchte, der „in Wesen und Gesinnung stets Seemann und Arbeiter“ blieb. Er ging zunächst auf seine soziale Entwicklung ein, die ihn zum Nationalsozialisten führte und erklärte, daß „sein Irrtum“ vielleicht der Schwere seines Gefühls und seines Vertrauens, sowie seiner großen Verehrung für

Hitler gewesen sei. Den „Hitler dieses Prozesses habe er nicht gekannt, sagte Sauckel. Im übrigen verschanzte er sich hinter „den Druck“ und die „Sorge“, die ihm die Kriegswirtschaft bereite und ihm keine Zeit mehr ließe, um sich um „andere Vorschläge“ zu kümmern.

„Es hat mein Rechtsgefühl tief verletzt, daß die Anklagebehörde gegen mich vorgeht“, sagte er. „Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

„Ich habe mich nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge angesehen.“

verletzte die Verfahrensregeln. Sir Joseph bat die Delegierten zum Zwecke der Abstimmung die Hände zu heben. Der sowjetische Vertreter unterbrach ihn und es entstand eine allgemeine Verwirrung.

Der griechische Delegierte Politis begründete dann die griechischen Reparationsforderungen gegenüber Italien. Er verglich die Forderungen der Sowjetunion gegenüber Italien mit denen Griechenlands und erklärte, daß die Kalkulationsgrundlage für diese Ansprüche mit der der Sowjetunion übereinstimme.

Der albanische Delegierte Konomi erklärte, Italien hätte behauptet, daß es italienisches Kapital in Albanien investiert hätte. Der größte Teil des Kapitals aber sei von den faschistischen Führern gestohlen worden.

Am Donnerstag tagten der politische und territoriale Ausschuss für Rumänien, der politische und territoriale Ausschuss für Finnland und der Wirtschaftsausschuss für Italien.

In der Sitzung des politischen Ausschusses für Rumänien stand die von Außenministern der vier Großmächte vorgeschlagene Annullierung des Wiener Schiedsspruches durch den sowjetischen Delegierten zur Debatte. Der Artikel 2 des Vertragsentwurfs über die Annullierung des Wiener Schiedsspruches wurde bei Stimmhaltung Australiens und Südafrikas angenommen.

Finnische Probleme. Ein australischer Zusatzantrag, in dem vorgeschlagen wird, die Durchführung der fünf Friedensverträge einzusehen, wurde mit neun gegen eine

Stimme und zwei Stimmenthaltungen vom politischen und territorialen Ausschuss für Finnland abgelehnt. Artikel 34, der Schlußartikel über die Ratifizierung des Vertrages, wurde angenommen, während bei der Aussprache über den Artikel 33, zu dem zwei voneinander abweichende Vorschläge Großbritanniens und der Sowjetunion vorlagen, keine Einigung erzielt werden konnte.

Der britische Vorschlag sieht vor, daß Uneinigheiten über die Auslegung des Friedensvertrages von den britischen und sowjetischen diplomatischen Vertretern in Helsinki bearbeitet werden sollten. Falls innerhalb von zwei Monaten keine Einigung erzielt würde, sollte der Streitfall dem internationalen Gerichtshof vorgelegt werden.

Nach dem sowjetischen Vorschlag ist vorgesehen, Streitfragen durch direkte diplomatische Verhandlungen zu lösen. Wenn es dabei zu keiner Einigung kommen sollte, sollen die Streitfragen den diplomatischen Vertretern der beiden Staaten vorgelegt werden.

Die albanischen Delegierten innerhalb der halb der Delegierten Platz nehmen sollten, beschloß der Wirtschaftsausschuss für Italien, die eingeladenen Staaten, außer den ehemaligen Feindstaaten, am Konferenztisch Platz nehmen zu lassen, wenn sie ihren Standpunkt klarlegen oder an der allgemeinen Debatte teilnehmen.

Reisebeschränkungen zwischen brit. und US-Zone werden aufgehoben. Wie wir in Nummer 72 der „BNN“ meldeten, werden die Reisebeschränkungen zwischen britischer und US-Zone aufgehoben. Wie schon nachstehend nähere Einzelheiten zu dieser Meldung bekannt:

Im Einzelfall enthält das Abkommen zwischen den beiden Zonen folgende Bestimmungen:

Die Kontrollbehörden können nach ihrem Ermessen die Ein- oder Ausreise in oder aus ihrer Besatzungszone für Einzelpersonen verbieten oder verhindern. Im internationalen Verkehr können bestimmte Personengruppen Reisebeschränkungen besonders erleiden werden.

Der Interzonenverkehr darf nur auf gesetzlichen Wegen und zu gesetzlichen Zwecken stattfinden.

Jede Person, die innerhalb ihrer Zone oder von einer Zone in die andere reist, in der sich nicht ihr ständiger Wohnort befindet, muß ein in ihrer Heimatzone ausgestellt amtliches Ausreisepapier bei sich führen. Dieser Personalausweis ist auf Verlangen jedem Zivil- oder Militärpersonen vorzulegen.

Personen, die sich beschwerungsweise in einer Zone aufhalten, müssen sich allen dort gültigen Verfügungen und Vorschriften fügen, insbesondere denen, die sich auf den Wechsel des Aufenthaltsortes beziehen.

Sie müssen sich ferner den in Kraft befindlichen Bestimmungen hinsichtlich des Transports von Eigentum und allen Zensurbestimmungen unterwerfen.

Der Zweck der Abmachung ist es, den Interzonenhandel und Geschäftsverkehr zu fördern, die Reisen Deutscher in Angelegenheiten der Militärregierung zu erleichtern und Reisen in Trauerfällen zu gestatten, nicht aber Erholungs- oder Vergnügungszwecke zu unterstützen. Gegenwärtig gültige Bestimmungen, die sich auf den dauernden Wechsel des Wohnortes beziehen, werden von dem Abkommen nicht berührt.

Es ist außerdem vorgesehen, daß Reiselebensmittelkarten, die in einer Zone ausgestellt wurden, auch in der anderen Zone angenommen werden und daß Personen, denen nach dem Bestimmungen des Abkommens der Reiseverkehr zwischen den Zonen erlaubt ist, für ihre Automobile Betriebsstoffe entsprechend den Rationierungsbestimmungen der Zone oder des Gebiets, das sie besuchen, erhalten. Die Bestimmungen des Abkommens beziehen sich nicht auf den Reiseverkehr nach Berlin, für den noch immer Viermächtebeschlüsse erforderlich sind. (dona)

Für die Beseitigung der Hungersnot. Vorschläge auf der Kopenhagener Welternährungskonferenz — Planmäßiger Einsatz der Lebensmittelvorräte — Allgemeine Zustimmung für Schaffung eines Welternährungsamtes

Kopenhagen, 6. Sept. (dona) Die Schaffung eines Welternährungsamtes wurde von Sir John Boyd Orr, dem Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, auf der Kopenhagener Konferenz der Vereinten Nationen vorgeschlagen. Wie Sir John erklärte, soll das neue Welternährungsamt den unnatürlichen Zustand im internationalen Landtransportverkehr, über die Wasserstraßen-Verwaltung und die Binnen-Schifffahrt, über die Seeschifffahrt, die Sicherung der Seewege, über das Zusammenwirken mit Ausnahme der Handelsflotten, auch die Zweizonen-Nachrichten-Übermittlungsverwaltung soll eingerichtet werden. Jedoch steht ihr Organisation und ihr zukünftiger Sitz noch nicht fest.

Als Hauptaufgaben des geplanten Amtes bezeichnete er die Stabilisierung der Marktpreise und die Schaffung einer Lebensmittelreserve als Ausgleich für schlechte Ernten. Das Amt solle in Zeiten landwirtschaftlicher Überproduktion Nahrungsmittel zu festgesetzten Preisen kaufen, damit sie in Notzeiten als Reserve zur Verfügung stehen. Ferner soll eine Steigerung der Lebensmittelproduktion in Ländern mit nicht voll entwickelter Landwirtschaft erzielt werden.

Sir John fuhr fort: „Die Finanzsachverständigen sollen versuchen, das Geld zur Verwirklichung

dieser Pläne bereitzustellen. Es dürfte nicht schwer sein, Kredite für die Produktion lebenswichtiger Güter zu beschaffen. Alle Völker der Welt fordern die internationale Zusammenarbeit in Ernährungsfragen.“

Der Leiter der amerikanischen Delegation, Norrish, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, erklärte, er sei als erster das Wort zu dem Plan Sir Johns und erklärte: „Wir begrüßen die im Plan Sir Johns enthaltenen Prinzipien und schlagen vor, daß auf der jetzigen Konferenz eine Kommission der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation eingesetzt wird, welche die Einzelheiten ausarbeiten sollte.“

Der britische Ernährungsminister John Strachey stimmte ebenfalls dem Plan zu. Er sagte: „Der Plan der Errichtung eines Welternährungsamtes ist der Versuch, der Masse des arbeitenden Volkes den vollen Wert ihres Arbeitseinkommens zu sichern und findet deshalb im Prinzip die volle Unterstützung der britischen Regierung.“

Der kanadische Delegierte Gariner erklärte, die Vorschläge sollten von einem Ausschuss beraten werden und dann zusammen mit dem Bericht dieses Ausschusses an den Exekutivsausschuss gehen. Die Stellungnahme des Plan dem Wirtschaftsausschuss und Sozialrat der Vereinten Nationen übermitteln solle.

Der Leiter der französischen Delegation, Landwirtschaftsminister Pierre Tanzi, sowie der belgische Minister Paul Kromacker, brachten ihre Zustimmung zum Plan Boyd Orr zum Ausdruck.

„Die Preise müssen stabilisiert werden, damit die Erzeuger von Nahrungsmitteln eine ausreichende Gewinnspanne haben und jede Spekulation mit Brotgetreide verhindert werden kann“, erklärte der Leiter der UNRRA, Fiorenzo La Guardia, in einer Rede vor der Welternährungskonferenz in Kopenhagen. Dem Plan der Schaffung eines Welternährungsamtes stimmte La Guardia zu.

Die UNRRA-Hilfsaktion im Ausland. Washington, 6. Sept. (dona) Mit den ihr noch zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln will die UNRRA für ihre Hilfsaktion im Ausland fast ausschließlich Brotgetreide, Fette und Oel kaufen. Wie der stellv. UNRRA-Leiter, General Lowell W. Rooks erklärte, sind diese Lebensmittel billiger als fabrizierte Nahrungsmittel und daher erzieher.

Moskau, 6. Sept. (dona) Der Leiter der UNRRA, Fiorenzo La Guardia, erklärte in einer Pressekonferenz, er berate gegenwärtig mit den Sowjetbehörden darüber, ob die Sowjetunion im nächsten Jahr Nahrungsmittel für den Export an hilfsbedürftige Länder zur Verfügung haben werde.

Baden-Meldungen. Die Schaffung des Landes Rheinpfalz ist die erste Etappe auf dem Wege zur Neuordnung des französischen Besatzungsgebietes, sagte Pierre Schneider, Staatssekretär im französischen Außenministerium und Hoher Kommissar für deutsche Angelegenheiten, der auf seiner Inspektionsreise durch die französische Besatzungszone Deutschlands am Donnerstagmorgen hier eintraf.

Dachau. Ein amerikanischer Militärgericht verurteilte den Berzaberger Paul Rübsamen und Paul Winkler zum Tode durch den Strang. Rübsamen hatte am 12. September 1944 auf Veranlassung des als Berzaberger eingekerkerten Winkler in der Nähe von Hersfeld bei Kassel einen notzulandeten amerikanischen Flieger erschossen.

München. „Die Falken“, eine Münchener Jugendorganisation, ist von der Abteilung für Erziehung der amerikanischen Militärregierung in

Washington, 6. Sept. (dona) „Wir haben eine gewaltige Arbeit und einen weiten Weg vor uns, um unseren heimischen Wohlstand zu sichern und das internationale Verständnis, das erforderlich ist, um Krisen und Kriege zu vermeiden, herzustellen“, heißt es in der Ansprache Präsident Trumans, in der dieser am Samstagabend der amerikanischen Arbeiterschaft zum „Tag der Arbeit“ für ihre glänzenden Leistungen in der Kriegszeit und bei der Umstellung auf die Friedenswirtschaft Anerkennung ausspricht.

„Dieser Weg“, so fuhr der Präsident fort, „kann jedoch bezwungen werden, wenn wir stets daran denken, daß das Volk unser wichtigstes Gut ist, das wir nutzen und erhalten müssen. Der größte Teil der Umstellung auf die Friedenswirtschaft ist mit der Hand und dem Kopf arbeiten, sondern einmal festzustellen werden sollen.“

Der Tag der Arbeit ist von größter Bedeutung für die Arbeiterschaft, die Produktion auf einen neuen Stand für Friedenszeiten zu bringen.

Als eine Nation von Schaffenden können wir die Produktionshöhe und die fast 100prozentige Vollbeschäftigung, die wir erreicht haben, beibehalten und soz. steigern und vervollkommen, wenn wir so zusammenhalten, wie wir es im Krieg taten, und mit Hilfe der Regierung, die über alle unsere Anpunkte, wo es nützlich sein konnte, diesen zarten Beginn der Friedenswirtschaft ermöglicht.

Wir müssen ferner an den Schutzrechten der Arbeiterschaft gegen Ausbeutung, die ihr nach dem letzten Krieges verloren wurden, festhalten. Die Arbeiterschaft muß auch in Zukunft Gelegenheiten haben, durch freie, gemeinsame Handlung durch politische Unabhängigkeit das Los der Welt zu verbessern und ihre Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten zu vergrößern. Die Arbeiterschaft hat vielleicht mehr als irgend eine andere Gruppe die in der „Erklärung der menschlichen Rechte“ von Franklin D. Roosevelt niedergelegten Richtlinien unterstützt.

Wir müssen nun fortfahren, diese Richtlinien streng zu verwirklichen und für lohnende Arbeit, gleiche Möglichkeiten zur Erziehung und Ausbildung und darüber hinaus Gesundheitsfürsorge, wirksamere soziale Sicherungsmaßnahmen und die gerechtere Verteilung der Erzeugnisse und Auszahlung für alle fördern.

Die Arbeiterschaft, so schloß der Präsident seine Ansprache, „hat mit in der vordersten Front im Kampf gegen Intoleranz, gegen Rasse- und Glaubensvorurteile gestanden.“

Jakob Kaiser an die SED. Berlin, 6. Sept. (dona) Er freue sich über die Duldankheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die aus den Worten Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls in ihrem Kulturmanifest hervorgegangen, erklärte der erste Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, in einer Rede im „Volkspark“ in Halle. Er nahm in dieser Veranstaltung Stellung zu dem in dem Kulturmanifest der SED aufgeführten Fragen über Christentum und Marxismus.

Er halte die Toleranz, die aus dem Kulturmanifest spräche, allerdings für selbstverständlich und hoffe nur, daß sie soweit gehe, daß über die Frage der Freiheit der christlichen Erziehung im Elternhaus und Schule keine größeren Meinungsverschiedenheiten mehr entstünden.

Der erste Vorsitzende der SED und der CDU sprach aufeinander einleitend als das Bekannte der CDU zum Christlichen Sozialismus. Es sei falsch, anzunehmen, daß der christliche Sozialismus nicht die Wurzel der schweren sozialen Mißstände beseitigen wolle. Es gehe darum, Gesellschaft und Wirtschaft nach sozialistischen Gesichtspunkten neu aufzubauen. Die christliche Ansicht vom Sozialismus sei allerdings, gemäß anderer Art, von der orthodoxen Marxistensicht abzuheben. Die christlichen Sozialisten seien schon durch ihre Ablehnung der revolutionären Eroberungswillens, des Klassenkampfes und des Materialismus von den Marxisten getrennt.

Abschließend drückte Jakob Kaiser seine Überzeugung aus, daß die Freiheit des menschlichen Willens nicht von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängt, sondern daß vielmehr Geist und Willen der Menschen fähig seien, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu meistern, denn sonst hätte der Appell an die besten Kräfte des deutschen Volkes keinen Sinn.

Bildung des Landes Rheinpfalz. Eine Erklärung General Königs. Baden-Baden, 6. Sept. (dona) „Von dem Willen besetzt, der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung geltend zu machen, ihre Freiheit und wirtschaftliche Grundlage unter harmonischen Bedingungen zu entwickeln, habe ich die Schaffung eines Landes beschlossen, dessen Hauptstadt Mainz ist“, so heißt es in einer Erklärung des Oberbefehlshabers der französischen Besatzungszone in Deutschland, General Pierre König, über die Schaffung des Landes Rheinpfalz.

Der Appell für die Bildung des neuen Landes sei die Vereinachung des verwaltungsmaßige Aufbaues der französischen Besatzungszone sowohl auf dem rechten, wie auf dem linken Rheinufer, sowie die Absicht, die deutsche Bevölkerung soweit wie möglich mit der Verwaltung ihres Landes innerhalb genügend großer Gebietsstücke zu betrauen, wie es in der Erklärung weiter heißt.

Das neue Land wird die gegenwärtig zu den Oberpfälzern Hessen-Pfalz, Rheinland und Hessen-Nassau gehörenden Regierungsbezirke umfassen. In diesem Sinne sei eine Verfügung getroffen worden, die die grundlegenden Elemente des neuen Landes festlegt und es seiner Bevölkerung ermöglicht, dieses Land auf demokratischer Grundlage unter Beibehaltung der heimischen Ueberlieferung und Bestrebungen zu schaffen.

Todesurteile in Wien. Wien, 6. Sept. (dona) Der Wiener Volksgerichtshof verurteilte die Angeklagten Pfl. Baumgartner, Tomášek, Heinrich, Ambrosch zum Tode durch den Strang. Die Verurteilten, die als „Massenmörder von Stein“ bezeichnet wurden, sind für schuldig befunden worden, am 6. April 45 in dem Gefängnislager Stein in der Nähe von Kems 200 politische Gefangene ermordet zu haben.

Interessantes in Kürze. Bayern verwahrt und aufgefördert werden, welche politische Aktivität einzustellen.

Berlin. Die Ankunft von Mr. M. S. Symczak, der die Handels- und Gewerbesektion in der amerik. Militärregierung für Deutschland übernehmen wird, wurde am 5. d. Mts. von Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerik. Militärregierung, Mr. P. V. Martin, bekanntgegeben. Man rechnet damit, daß Mr. Symczak mit der Durchführung eines Programmes für die Behebung der Verbrauchsgütererzeugung in der US-Zone beginnen wird.

London. Der griechische Ministerpräsident Constantinos Tsaldaris erklärte am 5. d. Mts. Pressevertretern gegenüber, daß während der letzten Tage Raketenbeschüsse über mazedonisches Gebiet geschickt worden seien. Man habe nicht festgestellt, ob diese, aus welcher Richtung die Raketenbeschüsse gekommen seien.

# Für demokratisches Deutschland der Freiheit und Unabhängigkeit

## Außenminister Byrnes fordert Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse — Zonenschranken müssen vollständig fallen — Festsetzung deutscher Grenzen akut Bildung deutscher Zentralregierung soll nicht verhindert werden — Rhein- und Ruhrgebiet für Deutschland

Stuttgart, 6. Sept. (dona) Die Rede hat folgenden Wortlaut:

Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich an Ort und Stelle über die mit dem Wiederaufbau Deutschlands verbundenen Probleme zu orientieren und die Ansichten der Regierung der Ver. Staaten über einige der vor uns liegenden Probleme mit unseren Vertretern in Deutschland zu besprechen.

Wir Amerikaner haben diesen Problemen beträchtliche Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet, weil von ihrer erfolgreichen Lösung nicht nur das künftige Wohlergehen Deutschlands, sondern auch das Europas abhängt.

Wir haben wohl über viel gelernt, dass wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können. Wir haben gelernt, dass Frieden und Wohlergehen untrennbar sind, und dass Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkauft werden können.

Ich hoffe, dass das deutsche Volk nie wieder den Fehler machen wird, zu glauben, dass das amerikanische Volk, gerade weil es ein Friedensliebhaber ist, in der Hoffnung auf Frieden abseits stehen wird, wenn irgend eine Nation Gewalt anwendet oder mit Gewalt droht, um die Herrschaft über andere Völker oder Regierungen zu erlangen.

Im Jahre 1917 wurden die Ver. Staaten zur Teilnahme am ersten Weltkrieg gezwungen. Nach diesem Krieg weigerten wir uns, dem Völkerbunde beizutreten. Wir glaubten, uns den europäischen Kriegen fernhalten zu können und verloren das Interesse an europäischen Angelegenheiten. Dies schützte uns aber nicht davor, zum Eintritt in den zweiten Weltkrieg gezwungen zu werden.

**„Das amerikanische Volk will den Frieden“**

Wir wollen jenen Fehler nicht wiederholen. Wir sind entschlossen, uns weiter für die Angelegenheiten Europas und der Welt zu interessieren. Wir haben zur Organisation der „Vereinigten Nationen“ beigetragen und glauben, dass durch diese Organisationen davon abgehalten werden, Krieg anzufangen. Weil wir das glauben, wollen wir die Vereinten Nationen mit unserer ganzen Macht und allen unseren Hilfsmitteln unterstützen. Das amerikanische Volk will den Frieden. Es hat schon seit langem nicht mehr von einem strengen oder milden Frieden für Deutschland gesprochen. Darauf kam es auch niemals wirklich an. Wir wollen, ist ein dauerhafter Frieden. Wir werden uns gegen zu harte und von Rachsucht diktierte Maßnahmen wenden, die einem wirklichen Frieden im Wege stehen.

Wir werden uns zu milden Maßnahmen widersetzen, welche zum Bruch des Friedens einladen.

Als die Vereinten Staaten in Potsdam der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands zustimmen und als sie vorschlugen, dafür zu sorgen, daß Deutschland für die Dauer einer Generation entnazifiziert und entmilitarisiert bleibt, waren sie sich der auf ihnen und ihrem Hauptverwandten ruhenden Verantwortung für die Aufrechterhaltung und gesetzmäßige Durchführung des Friedens wohlbewußt.

Die Befreiung vom Militarismus wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, seine großen Kräfte und Fähigkeiten den Werken des Friedens zuzuwenden, es braucht sie nur zu ergreifen. Sie gibt ihm die Gelegenheit, sich der Achtung und Freundschaft friedliebender Völker würdig zu erweisen und eines Tages einen ehrenvollen Platz unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen einzunehmen.

Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird. Zweimal in einer Generation haben der deutsche Militarismus und der Nazismus die Gebiete von Deutschlands Nachbarn verwüstet. Es ist nur recht und billig, daß Deutschland sein Teil dazu beitragen soll, diese Verwüstungen wieder gutzumachen. Die meisten Opfer der Nazidiktatur waren von dem Kriege weniger begünstigt als Deutschland. Deutschland darf nicht erwarten, daß diese Opfer ohne fremde Hilfe die Hauptkosten dieser Nazüberfälle tragen sollen.

sollten, und daß die für den Verbrauch in Deutschland nicht benötigten Erzeugnisse der Ausfuhr zur Verfügung stehen sollten, um damit die erforderliche Einfuhr zu bezahlen.

Bei Festsetzung des zulässigen Standes der Industrie wurden keinerlei Reparationsleistungen von der laufenden Produktion vorgesehen. Aus der laufenden Produktion erfolgende Reparationsleistungen würden mit dem nach den Potsdamer Beschlüssen festgesetzten Stand der Industrie völlig unvereinbar sein.

Offensichtlich hätte ein höherer Stand der Industrie festgesetzt werden müssen, wenn Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion beabsichtigt gewesen wären. Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt.

Dieser Grundsatz bedeutet erhebliche Härten für das deutsche Volk, aber er verlangt von ihm lediglich, die Härten zu teilen, die der Angriff der Nazis dem DurchschnittsEuropäer auferlegt hat.

Dem deutschen Volk wurde jedoch nicht die Möglichkeit genommen, sein Los im Lauf der Jahre harter Arbeit zu verbessern. Industrielle Entwicklung und industrieller Fortschritt wurden ihm nicht verweigert. Gleich den Völkern anderer verwüsteter Länder sollte das deutsche Volk den Wiederaufbau mit einer Friedenswirtschaft machen, die nicht in dem Maße, wie mehr als den durchschnittlichen europäischen Lebensstandard zu gewährleisten. Dabei sollte ihm nicht das Recht verweigert werden, mögliche, aufgrund harter Arbeit und einfacher Lebensweise erworbene Ersparnisse für den Aufbau einer Industrie zu verwenden, die friedlichen Zwecken dient.

Dies war der Grundsatz der Reparationen, wie Präsident Truman ihm in Potsdam zugestimmt hat. Die Vereinten Staaten werden nicht ihre Zustimmung geben, daß Deutschland größere Reparationen leisten muß, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen wurde.

Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse ist jedoch dadurch behindert worden, daß der alliierte Kontrollrat nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um es der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen, als Wirtschaftseinheit zu arbeiten. Die notwendigen Zentralverwaltungskörper sind nicht geschaffen worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse sie ausdrücklich verlangen.

Die gerechte Verteilung der lebenswichtigen Güter zwischen den einzelnen Zonen mit dem Ziel, eine ausgeglichene Wirtschaft in ganz Deutschland herbeizuführen und den Einfuhrbedarf zu verringern, ist nicht in die Wege geleitet worden, obgleich die Potsdamer Beschlüsse auch dieses ausdrücklich verlangen.

Die Vorbereitung einer ausgeglichenen Wirtschaft in ganz Deutschland zur Beschaffung der für die Bezahlung der genehmigten Einfuhr erforderlichen Mittel ist nicht erfolgt, obgleich auch dies die Potsdamer Beschlüsse ausdrücklich verlangen.

Die Vereinten Staaten sind der festen Überzeugung, daß Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet werden muß und daß die Zonenschranken, soweit sie das Wirtschaftsleben und die wirtschaftliche Betätigung in Deutschland betreffen, vollständig fallen müssen.

ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn keine gemeinsame Finanzpolitik zur Steuerung der Inflation besteht. Ein Programm drastischer Haushaltsreformen ist dringend erforderlich, um den Währungsdruck und die Geldforderungen zurückzuschrauben, die Schuldenlast zu revidieren und Deutschlands Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Die Vereinten Staaten haben große Anstrengungen gemacht, um ein solches Programm zu verwirklichen, wenn aber eine verheerende Inflation verhindert werden soll, müssen völlig aufeinander abgestimmte Maßnahmen beschlossen und in allen Zonen einheitlich angeordnet werden. Um ein Programm dieser Art wirksam durchzuführen, ist eine zentrale Finanzbehörde offensichtlich notwendig.

Es ist auch notwendig, daß ein Verkehrs-, Nachrichten- und Postwesen für ganz Deutschland ohne Rücksicht auf Zonenschranken eingeführt wird. Der sich auf ganz Deutschland erstreckende Aufbau dieser öffentlichen Einrichtungen war in den Potsdamer Beschlüssen beabsichtigt. Zwölf Monate sind vergangen, und nichts ist geschehen.

Deutschland benötigt die gesamten Nahrungsmittel, die es erzeugen kann. Vor dem Kriege konnte es nicht genug Nahrungsmittel für seine Bevölkerung erzeugen. Das Gebiet Deutschlands ist verkleinert worden. Die Bevölkerung Schlesiens, zum Beispiel, ist in ein verkleinertes Deutschland zurückgedrängt worden. Besatzungsarmeen und Zwangsverschleppte erhöhen den Bedarf, während der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen und Düngemitteln die Versorgungsmöglichkeiten herabsetzt.

Um die größtmögliche Erzeugung und die zweckmäßigste Verwendung und Verteilung der Nahrungsmittel, die erzeugt werden können, sicherzustellen, müßte eine zentrale Verwaltungsstelle für Landwirtschaft geschaffen werden und unverzüglich mit der Arbeit beginnen.

Ebenso ist die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltungsstelle für Industrie und Außenhandel dringend notwendig. Deutschland muß bereit sein, seine Kohle und seinen Stahl mit den befreiten Ländern Europas zu teilen, die von diesen Lieferungen abhängig sind. Deutschland muß andererseits in die Lage versetzt werden, seine Fähigkeiten und Kräfte der Steigerung seiner industriellen Produktion dienstbar zu machen und für die zweckmäßigste Verwendung seiner Rohstoffe Sorge zu tragen zu können.

**Deutschland darf kein Armenhaus werden**

Deutschland muß die Möglichkeit haben, Waren auszuführen, um dadurch so viel einfließen zu können, daß es sich wirtschaftlich selbst erhalten kann. Deutschland ist ein Teil Europas. Die Gesundheit in Europa, und besonders in den Nachbarstaaten Deutschlands wird nur langsam voranschreiten, wenn Deutschland mit seinen großen Bodenschätzen an Eisen und Kohle in ein Armenhaus verwandelt wird.

Nachdem die rücksichtslose Nazidiktatur zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen worden war, gab es keine deutsche Regierung, mit der die Alliierten hätten verhandeln können. Die Alliierten mußten vorübergehend die Verantwortungen des zertrümmerten deutschen Staates übernehmen, dem die Nazidiktatur jeder wahren Rechenschaft dem deutschen Volke gegenüber entzogen hatte. Die Alliierten konnten die Führer und Günstlinge des Nazismus nicht in Schlüsselstellungen belassen, in denen sie ihren üblen Einfluß wieder geltend gemacht hätten. Sie mußten gehen.

Es war jedoch niemals die Absicht der amerikanischen Regierung, dem deutschen Volk das Recht zu versagen, seine eigenen inneren Angelegenheiten wahrzunehmen, sobald es in der Lage sei, dies auf demokratische Art und unter aufrichtiger Achtung der Menschenrechte und grundsätzlichen Freiheiten zu tun.

Die nur wenige Monate nach der Kapitulation gefaßten Potsdamer Beschlüsse verpflichteten die Besatzungsmächte, die örtliche Selbstverwaltung wieder herzustellen und die Grundsätze einer gewählten Volksvertretung in den Verwaltungen der Bezirke, Provinzen und Länder einzuführen, und zwar so bald, wie es mit der militärischen Sicherheit und den Zwecken der militärischen Besetzung vereinbar ist.

Der Hauptzweck der militärischen Besetzung war und ist, Deutschland zu entmilitarisieren und entnazifizieren, nicht aber den Bestrebungen des deutschen Volkes hinsichtlich einer Wiederaufnahme seiner Friedenswirtschaft künstliche Schranken zu setzen.

Die Nazikriegsverbrecher sollten für die Leiden, die sie über die Welt gebracht haben, bestraft werden. Die in den Potsdamer Beschlüssen enthaltenen Grundsätze für die Reparationen und die industrielle Abrüstung sollten durchgeführt werden. Die Ziele der Besetzung sahen jedoch weder eine langanhaltende ausländische Diktatur über die deutsche Friedenswirtschaft noch eine langanhaltende ausländische Diktatur über Deutschlands innerpolitisches Leben vor. Die Potsdamer Beschlüsse verpflichteten die Besatzungsmächte ausdrücklich, den Aufbau einer politischen Demokratie von Grund auf zu beginnen.

Die Potsdamer Beschlüsse sahen nicht vor, daß Deutschland niemals eine zentrale Regierung haben sollte. Sie bestimmten lediglich, daß es einestweilen noch keine zentrale deutsche Regierung geben sollte. Dies war nur so zu verstehen, daß keine zentrale deutsche Regierung gebildet werden sollte, die eine gewisse Form von Demokratie in Deutschland Wurzel gefaßt und sich ein örtliches Verantwortungsbeußeln entwickelt hätte.

Die Potsdamer Beschlüsse bestimmten in weiser Voraussicht, daß die Verwaltung der deutschen Angelegenheiten auf eine Dezentralisierung der politischen Struktur und auf die Entwicklung örtlicher Verantwortungsbeußeln gerichtet sein sollte. Dies sollte nicht die Weiterentwicklung zu einer zentralen Regierung verhindern, welche die erforderlichen Machtbefugnisse besitzt, um Angelegenheiten zu behandeln, die einheitlich für ganz Deutschland geregelt werden müssen. Dagegen bestand die Absicht, die Bildung einer starken zentralen Regierung zu verhindern, welche das deutsche Volk beherrschen würde, ohne seinem demokratischen Willen zu entsprechen.

**Für Bildung zentraler deutscher Regierung**

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß jetzt dem deutschen Volke innerhalb ganz Deutschland die Hauptverantwortung für die Behandlung seiner eigenen Angelegenheiten bei geeigneten Sicherungen übertragen werden sollte.

Seit dem Ende der Feindseligkeiten ist mehr als ein Jahr vergangen. Die Millionen deutscher Menschen sollten nicht gezwungen werden, in Ungewißheit über ihr Schicksal zu leben. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß die Alliierten dem deutschen Volk unverzüglich die wesentlichen Friedensbedingungen klar machen sollten, deren Annahme und Befolgung sie vom deutschen Volk erwarten. Wir sind der Ansicht, daß dem deutschen Volk Erlaubnis und Unterstützung gewährt werden sollten, die notwendigen Vorbereitungen für eine demokratische deutsche Regierung zu treffen, die in der Lage ist, diese Bedingungen anzunehmen und zu befolgen.

Die denkenden Menschen der Welt werden von jetzt ab die Tätigkeit der Alliierten in Deutschland nicht nach ihren Versprechungen, sondern nach ihren Leistungen beurteilen. Die amerikanische Regierung hat die für die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands erforderlichen Maßnahmen unterstützt und wird dies weiterhin tun.

Sie glaubt jedoch nicht, daß große Heere ausländischer Soldaten oder ausländischer Bürokraten, wie gut ihre Ansichten und Disziplin auch sein mögen, auf die Dauer die zuverlässigsten Beschützer der Demokratie eines anderen Landes sind.

Alles, was die alliierten Regierungen tun können und tun sollten, ist, Richtlinien festzulegen, nach denen sich die deutsche Demokratie selbst regieren kann. Die Zahl der alliierten Besatzungskräfte sollte so beschränkt werden, daß sie genügt, um die Befolgung dieser Richtlinien zu sichern.

**Verhinderung deutscher Wiederaufrüstung**

Die Frage für uns ist, welche Kräfte notwendig sind, um die Sicherheit zu schaffen, daß Deutschland nicht wieder wie nach dem ersten Weltkrieg aufrüstet. Unser Vorschlag, einen Vertrag mit den Großmächten zu schließen, um für 25 oder sogar 40 Jahre einen Entmilitarisierungsplan durchzusetzen, auf den man sich endgültig bei der Friedensregelung einigt hätte, würde eine kleinere Besatzungsarmee ermöglichen. Zu seiner Durchführung könnten wir uns besser auf ausgebildete Ueberwachungsbeamte als auf die Infanterie verlassen.

Wenn zum Beispiel eine Automobilfabrik den Vertrag verletzt und ihre Anlagen auf die Herstellung von Kriegsmaterial umstellt, würden die Ueberwachungsbeamten dies dem alliierten Kontrollrat melden, und dieser würde die deutsche Regierung auffordern, die Herstellung zu unterbinden und den Schuldigen zu bestrafen.

Leistet die deutsche Regierung nicht Folge, so würden die alliierten Nationen Schritte unternehmen, die Befolgung durch die deutsche Regierung zu erzwingen.

Unser Vorschlag für dieses Abkommen würde nicht unangemessen Sicherungskräfte werden unglücklicherweise wahrscheinlich noch lange Zeit in Deutschland bleiben müssen. Man darf sich nicht mißverstehen, wir wollen uns unseren Verpflichtungen nicht entziehen. Wir ziehen uns nicht zurück. Wir bleiben hier und werden unseren Anteil an der Last auf uns nehmen. So lange die Anwesenheit von Besatzungskräften in Deutschland notwendig ist, wird die Armee der Ver. Staaten einen Teil dieser Besatzungsmacht bilden.

Die Ver. Staaten treten für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung ein. Fortschritte in der Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltungen und der Landesbehörden sind in der amerikanischen Zone Deutschlands erzielt worden, und die amerikanische Regierung glaubt, daß ein ähnlicher Fortschritt in allen Zonen möglich ist.

Die amerikanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorläufige Regierung nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden soll, sondern daß sie aus einem deutschen Nationalrat bestehen soll, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder zusammensetzt, die in jeder der vier Zonen gebildet worden sind.

Unter Vorbehalt der Befugnisse des alliierten Kontrollrats soll der deutsche Nationalrat für die sachgemäße Erfüllung der Aufgaben der zentralen Verwaltungsbehörden verantwortlich sein, die ihrerseits angemessene Machtbefugnisse besitzen sollen, um die Verwaltung Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit, wie sie in den Potsdamer Beschlüssen geplant war, zu sichern.

für Europa liegt, wenn jedes seinen eigenen Weg geht.

In Potsdam wurden, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz, bestimmte Gebiete, die einen Teil Deutschlands bildeten, vorläufig der Sowjetunion und Polen zugewiesen. Damals waren diese Gebiete von der Sowjetarmee und von der polnischen Armee besetzt. Es wurde uns gesagt, daß die Deutschen aus diesen Gebieten in großer Zahl flüchteten und daß es im Hinblick auf die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle tatsächlich schwierig sein würde, das wirtschaftliche Leben dieser Gebiete wieder in Gang zu bringen, wenn diese nicht als integrale Bestandteile der Sowjetunion bzw. Polens verwaltet würden. Die Staatsoberhäupter erklärten sich damit einverstanden, bei den Friedensregelungen den Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Uebertragung der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion zu unterstützen.

Sofern die sowjetische Regierung ihre Auffassung diesbezüglich nicht ändert, werden wir aus diesem Abkommen festhalten.

Was Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete anbetrifft, so fand die zu Verwaltungszwecken erfolgte Uebergabe dieses Gebietes durch Rußland an Polen vor der Potsdamer Zusammenkunft statt. Die Staatsoberhäupter stimmten zu, daß Schlesien und andere ostdeutsche Gebiete bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze durch den polnischen Staat verwaltet und zu diesem Zweck nicht als Teil der russischen Besatzungszone in Deutschland angesehen werden sollten. Wie aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz hervorgeht, einigten sich die Staatsoberhäupter jedoch nicht dahingehend, die Abtretung irgendeines bestimmten Gebietes zu unterstützen.

Rußland und Polen haben schwer durch Hitlers einfallende Armeen gelitten. Durch das Abkommen von Yalta hat Polen an Rußland das Gebiet östlich der Curzon-Linie abgetreten. Polen hat dafür eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen verlangt. Die Ver. Staaten werden eine Revision dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen. Der Umfang des an Polen abzutretenden Gebietes kann jedoch erst entschieden werden, wenn das endgültige Abkommen darüber getroffen ist.

**Deutschlands Reparationen**

Die Vereinten Staaten sind daher bereit, die in den Potsdamer Beschlüssen über die Entmilitarisierung und die Reparationen niedergelegten Grundsätze in vollem Umfang durchzuführen. Wenn Deutschland jedoch nicht in der in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen und geforderten Weise als wirtschaftliche Einheit verwaltet wird, müßten an dem von der alliierten Kontrollmission genehmigten Industrieneuauflagen Änderungen vorgenommen werden.

Die Grundlage der Potsdamer Beschlüsse war, daß im Rahmen eines kombinierten Antimilitarisierungs- und Reparationsprogramms Deutschlands Kriegspotential durch Ausschaltung und Demontage seiner Kriegsindustrie und durch Verminderung und Beseitigung schwerindustrieller Anlagen herabgesetzt werden sollte. Es war vorgesehen, dies soweit durchzuführen, daß Deutschland ein Industrie-potential besitzen bleibe, welches ihm die Aufrechterhaltung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards ohne die Hilfe anderer Länder ermöglicht.

Die auf diese Weise zu entfernenden Fabriken sollten als Reparationen an die Alliierten abgeliefert werden. Die aus der russischen Zone zu entfernenden Fabriken sollten der Sowjetunion und Polen zufallen, während die aus den westlichen Zonen zu entfernenden Fabriken teilweise der Sowjetunion in der Hauptsache jedoch den westlichen Alliierten zufallen sollten. Ferner wurde eine Aufteilung des deutschen Vermögens im Ausland unter die Alliierten vorgesehen.

Nach langen Verhandlungen einigten sich die Alliierten über den Stand, auf den die hauptsächlichsten deutschen Industrien zwecks Durchführung der Potsdamer Beschlüsse herabgesetzt werden sollten. Auf diesen Stand einigte man sich in der Annahme, daß Deutschlands einheimische Hilfsmittel für eine auf gerechter Grundlage erfolgende Verteilung an alle Deutschen in Deutschland zur Verfügung stehen

**Zonenschranken müssen fallen**

Die jetzigen Verhältnisse in Deutschland machen es unmöglich, den Stand der industriellen Erzeugung zu erreichen, auf den sich die Besatzungsmächte als absolutes Mindestmaß einer deutschen Friedenswirtschaft geeinigt hatten. Es ist klar, daß wir, wenn die Industrie unter den vereinbarten Stand gebracht werden soll, nicht weiterhin den freien Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands einschränken können. Die Schranken zwischen den vier Zonen Deutschlands sind jetzt schwieriger zu überwinden, als die zwischen normalen unabhängigen Staaten. Die Zeit ist gekommen, wo die Zonengrenzen nur als Kennzeichnung der Gebiete angesehen werden sollten, die aus Sicherheitsgründen von den Streitkräften der Besatzungsmächte besetzt gehalten werden, und nicht als eine Kennzeichnung für sich abgeschlossener wirtschaftlicher oder politischer Einheiten.

Das war der Gang der Entwicklung, wie er in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen war und das ist auch der Gang der Entwicklung, den die amerikanische Regierung mit ihrer ganzen Autorität verfolgen wird. Sie hat offiziell ihre Absicht ausgedrückt, die Wirtschaft ihrer eigenen Zone mit einer oder allen anderen zu vereinigen, die hierzu bereit sind.

Bis jetzt hat sich nur die britische Regierung bereit erklärt, mit ihrer Zone daran teilzunehmen. Wir begrüßen diese Zusammenarbeit.

Selbstverständlich soll diese Vereinigung nicht jene Regierungen ausschließen, die heute noch nicht zum Beitritt bereit sind. Die Vereinigung steht ihnen zu jeder Zeit frei. Wir treten für die wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ein. Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern.

So wichtig auch die wirtschaftliche Vereinigung für die Gesundheit Deutschlands und Europas ist, so muß das deutsche Volk doch einsehen, daß der Hauptgrund seiner Leiden und Entbehrungen der Krieg ist, den die Nazidiktatur über die Welt gebracht hat. Aber gerade weil Leiden und Entbehrungen in Deutschland unvermeidlich sind, lehnt die amerikanische Regierung die Verantwortung für ein unnötiges Anwachsen der wirtschaftlichen Not ab, die dadurch verursacht wird, daß es dem alliierten Kontrollrat nicht gelingt, sich darüber zu einigen, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, einige seiner dringendsten wirtschaftlichen Probleme selbst zu lösen.

**Gemeinsame Finanzpolitik wesentlich**

In vielen lebenswichtigen Fragen wird Deutschland weder vom Kontrollrat regiert, noch gestattet ihm dieser, sich selbst zu regieren. Für einen erfolgreichen Wiederaufbau Deutschlands ist eine gemeinsame Finanzpolitik wesentlich. Eine unkontrollierbare Inflation, begleitet von einer wirtschaftlichen Lähmung,

**Bundesverfassung für Deutschland vorgeschlagen**

Der deutsche Nationalrat sollte auch mit der Vorbereitung des Entwurfs einer Bundesverfassung für Deutschland beauftragt werden, die unter anderem den demokratischen Charakter des neuen Deutschlands, die Menschenrechte und die grundsätzlichen Freiheiten aller seiner Einwohner sichern soll.

Nach grundsätzlicher Genehmigung durch den alliierten Kontrollrat wäre die vorgeschlagene Verfassung einer gewählten Versammlung zur endgültigen Formulierung vorzuschlagen und dann dem deutschen Volk zur Ratifizierung zu unterbreiten.

Während wir darauf bestehen werden, daß Deutschland die Grundsätze des Friedens, der gutnachbarlichen Beziehungen und der Menschlichkeit befolgt, wollen wir nicht, daß es der Vassal irgendeiner Macht oder irgendwelcher Mächte wird oder unter einer in- oder ausländischen Diktatur lebt. Das amerikanische Volk hofft, ein friedliches und demokratisches Deutschland zu sehen, das seine Freiheit und Unabhängigkeit erlangt und behält.

Nun ist es auch Zeit, die Grenzen des neuen Deutschlands festzusetzen. Oesterreich ist bereits als freies und unabhängiges Land anerkannt worden. Seine zeitweilige und erzwungene Vereinigung mit Deutschland war für beide Länder kein glücklicher Zustand, und die Ver. Staaten sind überzeugt, daß es im Interesse beider Länder und des Friedens

**Deutschlands Verpflichtungen gegenüber Frankreich**

Die Ver. Staaten finden, daß sie Frankreich, in welches Deutschland im Verlauf von siebzehn Jahren dreimal eingestiegen ist, seinen Anspruch auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft mit Frankreich eng verbunden ist, nicht verweigern können. Natürlich müßte Frankreich, wenn ihm das Saargebiet eingegliedert wird, seine Reparationsansprüche an Deutschland entsprechend ändern.

Von diesen Veränderungen abgesehen, werden die Ver. Staaten keine Eingriffe in unbestritten deutsches Gebiet oder in einen Teil Deutschlands, die nicht dem echten Willen der Bevölkerung entspricht, unterstützen. Soweit der Ver. Staaten bekannt ist, wünschen die Bevölkerung des Ruhrgebietes und die des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland vereinigt zu bleiben, und die Ver. Staaten werden sich diesem Wunsch nicht widersetzen.

Obgleich die Ruhrbevölkerung dem Naziefuß als letzte erlegen war, ist es Tatsache, daß die Nazis, ohne alle Hilfsmittel des Ruhrgebietes, niemals hätten die Welt bedrohen können. Nie wieder dürfen diese Hilfsmittel für Zerstörungszwecke benutzt werden. Sie müssen für den Wiederaufbau eines freien und friedlichen Deutschlands und eines freien und friedlichen Europas Verwendung finden.

Die Vereinten Staaten werden für solche Kontrollmaßnahmen über ganz Deutschland, einschließlich des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, eintreten, die aus Sicherheitsgründen erforderlich sind. Sie werden helfen, diese Maßnahmen durchzusetzen. Sie werden jedoch nicht für solche Maßnahmen eintreten, die Ruhrgebiet und Rheinland — unmittelbar oder mittelbar — einer politischen Beherrschung oder politischen Manipulation seitens ausländischer Mächte unterwerfen.

Das deutsche Volk empfindet heute die verheerenden Folgen des Krieges, den Hitler und seine Günstlinge über die Welt gebracht haben. Andere Völker bekamen diese verheerenden Folgen lange vor dem deutschen Volk zu spüren.

**Keine Versklavung des deutschen Volkes**

Das deutsche Volk muß einsehen, daß es Hitler und seine Günstlinge waren, die unschuldige Männer, Frauen und Kinder quälten und ausrotteten und die versuchten, mit den deutschen Waffen die Welt zu beherrschen und zu erniedrigen. Es waren die gesammelten zornentbrannten Kräfte der Menschheit, die sich den Weg nach Deutschland hinein erkämpften mußten, um der Welt die Hoffnung auf Freiheit und Frieden zu geben.

Das amerikanische Volk, das für die Freiheit gekämpft hat, hat nicht den Wunsch, das deutsche Volk zu versklaven. Die Freiheit, an welche die Amerikaner glauben und für die sie kämpfen, ist eine Freiheit, an der alle teilhaben sollen, die gewillt sind, die Freiheit anderer zu achten.

Die Ver. Staaten haben fast alle in ihrem Lande befindlichen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt. Wir unternehmen unverzüglich Schritte, um die in anderen Teilen der Welt in unserer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen baldigst zurückzusetzen.

Die Ver. Staaten können Deutschland die Leiden nicht abnehmen, die ihm der von seinen Führern angefangene Krieg zugefügt hat. Aber die Ver. Staaten haben nicht den Wunsch, diese Leiden zu vermehren oder dem deutschen Volk die Gelegenheit zu verweigern, sich aus diesen Nöten herauszuarbeiten, solange es menschliche Freiheit achtet und vom Wege des Friedens nicht abweicht.

Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.

# Die Ministerpräsidenten der Länder zur Rede Byrnes

Stuttgart, 6. September. (dona) Die deutsche Bevölkerung wird von dem menschlichen Ton der von Außenminister Byrnes gehaltenen Rede sehr beeindruckt sein, erklärte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier in einer Pressekonferenz im Anschluß an die Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes im Stuttgarter Staatstheater. „Die Bevölkerung wird beruhigt sein über die Erklärung, daß die amerikanische Militärregierung in Deutschland bleiben wird und daß ihr die Ungewißheit über ihr zukünftiges Schicksal genommen werden soll.“

„Ich sehe den großen Wert der Rede des Außenministers Byrnes in vier Hauptpunkten: führte der großhessische Ministerpräsident Prof. Dr. Karl Geiler aus. „Vor allem begrüße ich die entscheidende Betonung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, und zwar als eine Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse. Es ist ganz klar, daß die Deutschland betreffenden Probleme nicht gelöst werden können, wenn nicht schnellstens eine wirtschaftliche Einheit aller vier Zonen erreicht wird. Hinsichtlich der Reparationsfrage erscheint mir als das Wichtigste, daß Außenminister Byrnes nachdrücklich betont hat, daß die laufende Produktion in Deutschland nicht zu Reparationszwecken verwendet werden soll. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kapazitäten für die Produktion so festgesetzt sind, daß sie die Abführung eines großen Teiles der Erzeugung auf Kosten der Reparationen nicht vertragen.“

Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers über die zukünftige staatsrechtliche Form in Deutschland, wonach die vorläufige Regierung Deutschlands aus einem Nationalrat bestehen soll, der sich aus den Ministerpräsidenten der Länder aller vier Zonen zusammensetzt, stellt der großhessische Ministerpräsident fest, daß dieser Gedanke den Vorschlägen entspreche, die der amerikanischen Militärregierung von den drei Länderregierungen unterbreitet worden seien.

„Ganz besonders wichtig waren die Ausführungen über die Notwendigkeit“, erklärte Ministerpräsident Geiler abschließend, „daß die Friedensbedingungen uns baldigst bekanntgegeben werden, damit wir klar in die Zukunft sehen können.“

Die Ministerpräsidenten zur Saarfrage

Auf die Frage ausländischer Korrespondenten, wie die Ministerpräsidenten über die Erklärung des amerikanischen Außenministers Byrnes hinsichtlich der Abtrennung des Saargebietes dächten, erklärte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, die Abtrennung der Saar bedeute für Württemberg-Baden einen sehr ernsthaften Verlust, da diese Länder sehr nahe zusammenhängen.

„Die Sicherheit Frankreichs besteht einzig und allein in einem demokratischen, friedliebenden und dezentralisierten Deutschland“, war die Antwort des bayerischen Minister-

präsidenten Dr. Wilhelm Högnert auf die gleiche Frage.

Der großhessische Ministerpräsident Prof. Dr. Karl Geiler führte hierzu aus, daß, wenn schon eine Abtrennung der Saar in Erwägung gezogen werde, eine Abstimmung über das Schicksal dieses Landes entscheidend solle.

Von einem Pressevertreter über seine Einstellung zu den Gebietsabtrennungen im Osten befragt, erklärte Prof. Geiler, er stimme mit den Ausführungen Byrnes in dem Punkte überein, daß zwar Teile ehemaliger deutscher Ostgebiete Polen zur Verwaltung übergeben werden seien, dies aber keine endgültige Abtrennung bedeuten würde. „Ich bin der Ansicht“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „daß Deutschland nicht leben kann, wenn im Osten erhebliche Gebietsabtrennungen vorgenommen werden.“

Zur Frage des Zonen-Zusammenschlusses

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz wurde die Frage aufgeworfen, wie sich Bayern zu der wirtschaftlichen Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen stelle, worauf Ministerpräsident Dr. Högnert erklärte, daß Bayern mit der wirtschaftlichen Vereinheitlichung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen einverstanden sei, sich aber gegen zentrale Einrichtungen ohne politische Kontrolle wenden würde.

Die drei Ministerpräsidenten brachten einstimmig zum Ausdruck, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß mit der britischen Besatzungszonen einen großen Erfolg bedeute.

„Glauben Sie, daß im Falle der Vereinigung aller vier Besatzungszonen in Deutschland die Struktur der amerikanischen Zone anpassen müßten?“, lautete eine weitere Frage der Pressevertreter, die Ministerpräsident Dr. Högnert dahingehend beantwortete, daß dies unbedingt erforderlich sei, wenn Deutschland ein demokratisches Land sein solle.

Abschließend erklärte der großhessische Ministerpräsident Professor Dr. Geiler, daß er den Hauptwert der Rede des amerikanischen Außenministers darin sehe, daß wir „einem“ Deutschland entgegensehen könnten und nicht „vielen“.

Zu der Pressekonferenz der drei Ministerpräsidenten waren neben zahlreichen amerikanischen und deutschen Berichterstattern vier englische, zwei russische und ein französischer Pressevertreter erschienen. Außerdem waren zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen der Kommandeur der dritten amerikanischen Armee, General Keyes, die Leiter der amerikanischen Militärregierungen in den drei Ländern, General Müller, Oberst Newman und Oberst Dawson, der großhessische Arbeitsminister Oskar Müller, Landesbischof Wurm und der Rektor der Frankfurter Universität, Professor Dr. Hallstein anwesend.

## Kein Uebertritt in Sowjet-Zone ohne Zuzugsgenehmigung

Bebra, 6. Sept. (dona) Ohne amtliche Zuzugsgenehmigung wird der Uebertritt in die Sowjet-Zone nicht erwährt, so teilt der Kommissar für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bebra mit. Die von den zuständigen Kommissaren für Flüchtlinge und Ausgewiesene ausgetesteten Ueberführungswege sind hierzu nicht, da noch keine entsprechende Vereinbarung mit der sowjetischen Militäradministration getroffen werden konnte.

## Polnische Verbindungsbeamte stellen Tätigkeit ein

Frankfurt, 6. Sept. (dona) 23 polnische Offiziere, die seinerzeit von der polnischen Regierung in London als Verbindungsbeamte in der amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands eingesetzt worden waren, werden, wie die Nachrichtenagentur „United Press“ am 30. 8. meldete, bis zum 12. September ihre Tätigkeit einstellen. General Josef T. McNamara, Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland, erklärte diesem Zusammenhang in einer Pressekonferenz in Berlin, daß durch diese Maßnahme eine Kritik hinsichtlich des Reparationsprogramms ausgeschaltet werden solle. Der Kontakt mit der amerikanischen Besatzungszonen wird weiterhin durch von der polnischen Regierung in Warschau eingesetzte Verbindungsbeamte aufrechterhalten werden.

## Errichtung zentraler Preisstellen vorgesehen

Frankfurt, 6. Sept. (dona) Die Errichtung einer zentralen Preisstelle für die britische und amerikanische Besatzungszonen ist von den Länderregierungen der britischen und amerikanischen Zonen den betreffenden Militärregierungen vorgeschlagen worden.

Die Preisstelle soll gemeinsam vom Zentralamt für Wirtschaft Minden und vom Länderrat Stuttgart errichtet werden. In einer zentralen Preisstelle sollen alle Waren und Dienstleistungen für neue Waren und die seit Kriegsende vorgenommenen Gebühren und Tarifierhöhungen der öffentlichen Betriebe und Dienstleistungen registriert werden. Der Vorschlag enthält ferner den Wunsch nach Zusammenarbeit mit den Preisstellen der französischen und sowjetischen Zonen.

## Nürnbergger Prozess

Fortsetzung von Seite 2

eramenta, sondern ging als Selbstmörder fort ins Dunkel.

Nachdem Frank zugegeben hatte, daß die Treue und die Ordnung des deutschen Volkes schlecht verwaltet wurden, erklärte er: „Hitlers Weg war der vermessene Weg ohne Gott, der Weg der Abwendung von Christus und in allem letzten Augenblick der Weg politischer Torheit, der Weg des Verderbens und des Todes.“

Schirach, der seinerzeit auf dem Zeugenstand zugegeben hatte, daß er die deutsche Jugend zum Dienst an einem millionenfachen Mörder erziehen habe, verurteilte auch heute die Jugend zu entlasten und hat das Gericht das „Zerrbild“ zu bezeugen, das sich die Welt heute von der deutschen Jugend mache.

Speer, der in seinem Schlusswort in erster Linie auf die ungeheure Gefahr einer Verbindung von moderner Technik und Diktatur hinwies, ging zunächst auf die durch die nutzlose Fortsetzung von Kriegen verursachten Zerstörungen dieses Jahrhunderts ein. „Der Alptraum der Menschheit“, erklärte Speer, „daß einmal die Völker durch die Technik beherrscht werden könnten, war im autoritären System Hitlers nahezu verwirklicht.“

# Ukrainische Beschwerde über Griechenland

### Der Welticherheitsrat tagte — Griechische und britische Stellungnahme zum ukrainischen Protest

New York, 6. Sept. (dona) Dem ukrainischen Außenminister Manuilsky wurde auf der Sitzung des Welticherheitsrates am Mittwoch Gelegenheit gegeben, seine Beschwerde gegen Griechenland vorzutragen.

Die Sitzung begann mit der Verlesung eines Geheimbefehls durch Manuilsky, der vom Gouverneur Ostmazedoniens, General Melinos, unterzeichnet war. Nach diesem Dokument sollen an Bauern in einigen Dörfern von der 4. brit-indischen Division Waffen geliefert worden sein, um die griechischen Regierungsbehörden in Thessalien zu unterstützen. Nach den Erklärungen Manuilsky habe eine bewaffnete monaristische Gruppe einen britischen Offizier zum politischen Berater gehabt. Auf das Verlangen des holländischen Delegierten, mehr detaillierte Dokumente vorzulegen, antwortete Manuilsky wörtlich: „Wir werden sie geben.“ Mit einer dramatischen Geste übergab Manuilsky den Delegierten eine Photographie, welche die Aktivität bewaffneter Monaristenhanden zeigt.

Der ukrainische Delegierte erklärte dann weiter, daß die griechischen Monaristen Anzugsabsichten gegen Nachbarstaaten, besonders gegen Albanien hegen, und daß griechische Truppen mehrmals auf jugoslawische Grenzposten aufmarschiert hätten.

Das Ergebnis des Vorkommnisses in Griechenland sei durch die Einmischung der britischen und amerikanischen in innerpolitischen Angelegenheiten Griechenlands hervorgerufen worden. Als Beispiel hierfür erwähnte er die Unterstützung der Monaristen, den Druck der britischen Behörden auf die griechische Regierung bei den Wahlen, die Teilnahme britischer Offiziere an Strafexpeditionen und die Kontrolle der griechischen Wirtschaft durch die englischen Behörden.

„Trotz aller Hindernisse und aller Beleidigungen gegen die Sowjetunion“, so schloß Manuilsky, „werden wir unerbittlich unser Ziel, den Frieden unter den Völkern aufrechtzuerhalten, verfolgen.“

Der griechische Botschafter Dendramis wird Manuilsky antworten. Der britische Vertreter Sir Alexander Cadoz a. s. erklärte: „Meine Regierung ist fast genau so beschuldigt worden wie Griechenland. Ich werde mich einmischen dazwischen zu sagen haben.“

## Griechischer Vertreter antwortet

New York, 6. Sept. (dona) Der griechische Botschafter in den Ver. Staaten, Sir Alexander Cadoz a. s., antwortete am 5. 9. in der Sitzung des Welticherheitsrates auf die ukrainischen Anschuldigungen gegen Griechenland.

Die Kampagne, die im Sicherheitsrat und in Paris gegen Griechenland eingeleitet worden sei, erinnere an das Geschrei in Rom am Vorabend der italienischen Invasion im Jahre 1940. Damals stellten die italienischen Faschisten Griechenland als eine Gefahr für den Frieden auf dem Balkan hin.

Jetzt scheine die Ukraine Griechenland und Großbritannien zu beschuldigen. „Die Anklage lautet, daß Griechenland die Absicht hat, die unglücklichen Bulgaren und Albanier anzugreifen“, führte der Botschafter weiter aus. „Griechenland herrsche darüber eine natürliche Bitterkeit und das Land erwarte, Freundschaft bei allen Alliierten zu finden. Griechenland ist besorgt wegen der Verächtlichkeit, daß es der Uruhrheber auf dem Balkan sei.“

„Die Anschuldigung, daß britische Truppen in Griechenland einseitig Partei ergriffen haben, fuhr Dendramis fort, ist ohne Grundlage. Die britische Armee hat nicht an niemals einen Groll gegen die EAM gehabt, sondern im Gegenteil auf Nachsichtigkeit gegenüber der EAM bestanden.“

Wir betrachten jede öffentliche Debatte über innere Angelegenheiten Griechenlands als unzulässig, denn sie stellt eine Einmischung in Angelegenheiten eines unabhängigen Staates dar.“

„Die Sowjets beschuldigen uns wegen der Maßnahmen, die wir gegen Banditen, welche die Waffen gegen die bestehende Ordnung erhoben, durchzuführen haben. Handelte die Sowjetunion nicht vor einigen Jahren in der gleichen Weise gegen General Semionow und 14 andere, die das Sowjetregime stürzen wollten? Griechenland verliert nur, daß gewisse Alliierte nicht Agenten ihrer früheren Feinde in Schutz nehmen sollten.“

Großbritannien weist die Beschwerde zurück

New York, 6. Sept. (dona) Nach der Ansprache des griechischen Vertreters im Welticherheitsrat Dendramis, nahm der britische Vertreter Cadoz a. s. zu der ukrainischen Beschwerde gegen Griechenland und Großbritannien Stellung.

Der ukrainische Vertreter habe nicht den geringsten Beweis für seine Anschuldigungen gegen Griechenland erbringen können.

Die britischen Truppen in Griechenland hätten ehrenhafte und ruhmvolle Taten hinter sich. Viele hätten ihr Leben geopfert bei dem Versuch, Griechenland gegen die faschistischen Horden zu verteidigen, bevor die Sowjetunion und die Ukraine zum Krieg gezwungen worden seien. Das bewährte Eingreifen Großbritanniens in Griechenland habe den Hitlerangriff auf die Sowjetunion hinausgezögert.

Die Charta der Vereinten Nationen verbiete nicht, fuhr Cadoz fort, daß ein Militärkontingent der UN in dem Gebiet eines anderen Mitgliedsstaates Truppen unterhalten könne, wenn dieses sie anfordere. „Was haben denn andererseits die sowjetischen Truppen vor einer Zeit im Iran getan?“ — fragte Cadoz.

Die ukrainischen Anschuldigungen, daß in Griechenland Terror herrsche, entbehren jeder Grundlage. Die Anklage, daß die britische Regierung die monaristischen Extremisten unterstütze, sei ebenfalls unbegründet. Es sei auch unklar, daß Großbritanniens mit der schlechten Behandlung der Minderheiten in Griechenland einverstanden sei und die griechische Regierung veranlasse, seine viel stärkeren Nachbarn anzugreifen. „Ich stelle aber zwei Tatsachen fest: Erstens, daß die Verhältnisse in Griechenland bei weitem nicht so schlecht sind, wie in gewissen anderen europäischen Ländern, deren Verhältnisse durch den Welticherheitsrat noch nicht untersucht worden sind“, sagte Cadoz. „Zweitens behaupte ich, daß die Lage in Griechenland weit besser sein würde, wenn es im Lande und an seinen Grenzen keine kommunistischen Druck und keine kommunistische Propaganda gäbe.“

In der Charta der Vereinten Nationen sei es vorgesehen, daß irgendwelche Schwierigkeiten, die zwischen Mitgliedsstaaten auftauchen, zuerst untereinander geregelt werden sollten. Wenn dies zu keiner Lösung führe, könnte die Anwesenheit von Beobachtern in Griechenland einverstanden sein und die griechische Regierung nicht beschritten werden.

„Wenn dieses Verfahren weiterhin befolgt wird“, erklärte Cadoz zum Schluß seiner Ausführungen, „so wird der Welticherheitsrat in Mißkredit geraten und der Zweck der Charta der UN verfehlt sein.“

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 111 Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Nachrichtenagentur DANA (Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur), DPA (Deutsche Presse-Agentur), AP (Associated Press), SNA (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

## Illusionen

Von Wilhelm Beisel

Illusionen, gemeinhin auch Schlaf- oder Wachtträume genannt, mit dem zeitweiligen Unterschied, daß Wachtträume gegenwärtig ausströmen sind. Es gibt nur noch schlafliche Illusionen. Insbesondere dann, wenn monotone Maschinenkurven einlullend wirken, und Bewußtseinschwund hervorruft, aus der unfremdlichen Wirklichkeit hinwegführt in das Land der Illusionen. Dessen Grenzen reichen von der selbsterlebten Erinnerung bis zum raffiniertesten Schmausen, gestillt durch die Traumfabrik persönlicher Wünsche.

Ein nackter Spak ohne Baum, ohne Nest, ohne Akut, wenn er menschliche Illusionen haben könnte (er hat keine, er plustert sich nur auf), er würde träumen, wohlbekannt unter den Pittchen der Spatenmannen, warm zu sein und im Maien Fliegen und Käfer (sans bone) in Hülle und Fülle zu haben. Ist aber alles nur zuspulstert.

Der Mensch, ob er weiß, daß kalter Kaffee dennoch kein Kaffee an sich zu sein braucht. Er differenziert, er betrügt sich. Er spielt „Verwechslung des Büchens“. Ein Leipziger Kollege, mit dem ich in Basel heimlich war, liebte keine Suppen. Es waren bestimmt echte (und wie denke ich immer noch an die Eierfidejussionen). Die Leipziger Listerer, steinigt ihn, nach der Suppe trank er kaltes Bier und sagte: „Gut war die Suppe nicht, aber schön warm.“ So der Mensch. Aber Sachen sind stets ein milderer Umstand. Ein halbwegs zivilisierter Mitteleuropäer verdirbt sich nicht Illusionen und Magen zugleich.

Anderer mein POW-Kamerad Heinz, einstmaliger Keller in „Biermann Weinstube“ in Bielefeld. Wir lagen im Anderenmanns Camp auf blanker Erde (nackte Spaten, ohne Baum, ohne Nest, ohne ...). Und dazu kam der kalte Aprilregen. Wir waren wert, daß in unserem speckigen Hemd die Läuse nicht nackter Spak zu sein brauchten. Heinz, und zugleich neben ihm ein alter Koch vom Hotel Steinhilf in Baden-Baden. Der Heinz, er lag auf dem Rücken, die Knie angezogen, und philosophierte (auch das ist eine Form der Illusion). Menus, Diners, Omeletts oder Confitures, Hammelkeule mit jungen Bohnen, respektive Rehbraten mit gefüllten Champignons, Baiser mit Schlaghahne, Gänseleberpastete mit Trüffel, Spaghettis nonalita, russische Eier, Razout fine ... und dann die Weine ersten europäischen Wachstums. Und der Koch aus Baden-Baden, er zelebrierte über die Zubereitung, während Heinz schon im Geiste die Platten und Schüsseln zurecht. Mir, der ich ihr Gast war, und der ich mich dorell zurücktraume in das Lübecker Schiffhaus, wo der Keller ein Gefährt heranrollte, einen verwickelten vierfingrigen Spirtuskocher aufzufahrt, auf dessen blauen Flämmchen blanke und zudeckete Kupferkassollen wohltemperierte Speisen enthielten, und ich auf der hohen langen und barocken Bank saß, die weiche Serviette (mit) und auf dem Arsenal von Tellern und Nippchen vorzettel bekam, in einer Würde der Stunde und der Handlung, daß der Keller die sakrale Gestalt eines Hohepriesters bekam und ich erlebte, daß Illusionen auch einmal Wahrheit werden können ...

Seit einem Jahre knarrt wieder ein Stuhl unter meinem Sitz. Er ist seltsam. Aber man sitzt. Und keine Scheiben sind noch lange kein Scheibenhonig. Wenn man Pappes an Fenster nagelt, schütt man das Auge vor dem Blick auf die Trümmer der Straße, und von draußen sieht keiner, daß Jinnen nur ein Stuhl ist, der dazu knarrt. Und man vertritt sich vor den neuerzienten Mitmenschen, da man dahnem nicht die Zeit zum Essen gebraucht — nur zum Träumen. ... Bei Illusionen vertritt man keine Störungen.

Manchmal tropft es auch durch. Wenn es regnet, Mich stört gar nichts mehr. Dann setze ich mich auf den knarrenden Stuhl in die trockenste Ecke und träume von den Attendorfer Troststeinhöhlen im

## Ein Titan des amerikanischen Pressewesens

Adolph S. Ochs machte die „New York Times“ zur „Zeitung ausführlicher Berichte“

Unter dem Titel „Ein ehrenwerter Titan“ (An honorable titan) ist jetzt in New York eine von Gerald W. Johnson verfaßte Biographie über Adolph S. Ochs erschienen, der vor fünfzig Jahren die vor dem Bankrott stehende „New York Times“ aufkauft und zur bekanntesten Zeitung der Welt gemacht hat. Anlässlich dieser Neuerscheinung auf dem Büchermarkt äußert sich Mark Ethridge in der „New York Herald Tribune“ über das Leben des amerikanischen Zeitungsmannes.

Adolph S. Ochs wurde am 12. März 1858 in Cincinnati (Ohio) geboren und zing mit seinen Eltern kurze Zeit nach dem Bürgerkrieg in die verarmten Südstaaten, die sich im Stadium des Wiederaufbaues befanden. Mit elf Jahren war er Zeitungsaustreiter; später wurde er als Laufbursche und Gehilfe in einer Druckerei angestellt und arbeitete dann als Drucker in Knoxville (Tennessee) und in Louisville (Kentucky). Als 19jähriger gründete er in Chattanooga (Tennessee) eine Zeitung, die „Depesche“, die sich jedoch nach kurzer Zeit nicht mehr halten konnte und kaufte ein Jahr später mit geringem Kapital die „Chattanooga Times“. Im Jahre 1896 verließ er Chattanooga und bezog sich nach New York, wo er zwei Jahre später aus seinen geringen eigenen Geldmitteln die „New York Times“ erwarb.

Gleich nach der Übernahme dieser Zeitung senkte Adolph S. Ochs den Bezugspreis und erhöhte die Auflage von 26.000 auf 75.000 Stück. Er war nach seinen eigenen Worten bestrebt, „die Nachrichten unparteiisch, ohne Furcht und Beerdigungen, und ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteien, Secten oder Interessen“ herauszugeben. Er bemühte sich als erster, einen Auslandsdienst der „New York Times“ einzurichten und sein Blatt zu einer „Zeitung ausführlicher Berichte“ zu machen.

## Hundert Jahre Neptun

zwischen Sonne und Planeten der Ort des unsichtbaren Weltkörpers errechnen lassen? Fürwahr, ein genialer Gedanke!

Ein Jubiläum seltener Art bezieht in diesen Tagen die Astronomie, die Wissenschaft vom Weltall und Kosmos, die der Menschheit die größten Entdeckungen geschenkt hat: vor 100 Jahren, am 23. September 1846, wurde der Planet Neptun entdeckt. Gleich einem Lauffeuer eilte die Nachricht um die Erde. Die Welt stand Kopf. Ein neuer Planet! Einer der größten überhaupt! Die Ausdehnung des Sonnensystems, bisher bei Uranus endigend, war plötzlich um fast das Doppelte in den Weltraum hinausgerückt. Wie war das geschehen? War man diesem Riesensystem, dem dritten der Welt mit mehr als vierfachem Erddurchmesser, zufällig oder planmäßig auf die Spur gekommen?

Die Geschichte des Neptun ist wohl die eindrucksvollste in der ganzen Naturwissenschaft. Nachdem der Hannoveraner Astronom Wilhelm Herschel im März 1781 den Planeten Uranus entdeckt hatte, errundete die Astronomie die physikalischen und bewegungstechnischen Elemente des neuen Objektes. Schon bald stellte sich in der Bahn des Uranus eine merkwürdige Unstimmigkeit heraus. Uranus hielt nicht den Lauf um die Sonne inne, den er der Berechnung nach hätte haben müssen. Irgend etwas war also nicht in Ordnung. Die Gelehrten stauten. Bessel, der Leiter der Königlich-berliner Sternwarte, sprach — man schrieb gerade 1823 — als erster die Vermutung aus, daß ein anderer, jenseits der Uranusbahn laufender Planet die Ursache dieser merkwürdigen Störung sei. Indessen gelang es nicht, des kosmischen Störkörpers habhaft zu werden, so daß das Rätsel wieder in Vergessenheit geriet.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts — das heißt einen großen Augenblick — wurden die Störungen in der Uranusbahn durch immer anfeinfälliger, wurden geradezu zu einem Aerergnis in den Augen der Astronomen. Längst war man sich klar, daß ein fremder Himmelskörper unerkannt die Berechnungen der Uranusbahn über den Haufen warf. Wo aber steckte dieser Kolob? Wieder war alles Suchen vergeblich und man sah ein, daß jedes weitere Verzeihen vergeblich sein mußte, wenn man nicht wenigstens den unehelichen Ort des geheimnisvollen Planeten anzugeben konnte. Da holten die Astronomen zu einem kühnen Schritze aus. Wenn man die normalen Elemente des Uranus hatte, mußte sich da nicht aus den beobachteten Störungen, aus Bahnen, Geschwindigkeiten, Massen und Anziehungskräften

## Dankbarkeit

Von Kurt Grotz

Der berühmte Lyriker war überzeugter Rohkünstler und bester einer großen Kohlkarten. Er freute sich auf den ersten Kahl, von dem er einen großen Teller voll anrichten ließ.

Gerade als er im besten Appetit war, lief eine dicke eckelhafte Raupe über den Tellerrand. Der Lyriker, der grundsätzlich keine Insekten tötete, schnitt die Raupe anwendert mit dem Finger durchs Fenster in den Kohlkarten.

Diese Raupe, von Natur sehr dankbar, erschien im nächsten Sommer als prächtiger Falter auf dem Balkon des Dichters, der gerade über einen geeigneten Stoff nachgrübelte. Der Dichter war entzückt über den wundervoll schillernden Schmetterling. Er wurde noch entzückter, als der Falter sich auf den Rand seines Manuskriptblattes setzte. Der Dichter dichtete in einem Zug ein herrlich beschwingtes Gedicht, in dem er die Schönheit der Schmetterlingsorgie.

Der Schmetterling, begeistert von des Dichters Lobhymne, Bog von einem Artzweigen zum anderen. Sie herabzugen, wie sie sich erkenntlich zeigte, und der Verfasser der Hymne erfrühen und ehren konnten. Sie waren sich darüber einig, daß es bei einem Dichter nur eine sehr persönliche Wirkung

## Der Witz des Tages

Vor einer Spruchkammer

Der Untersuchende zum Vorlesenden: „Waren Sie Nazi?“

Der Vorzulesende: „Nein, Schlesier.“

Der Untersuchende: „Oh kav. Dann ist Ihnen nichts mehr zu bewiesen.“

Auf einem Arbeitsamt

Frau: „Ich bin Hausfrau, Kochen, nähen, plätzen, Waschen, Kinder besorgen.“

Beamter: „Also ohne Beschäftigung!“

## Kulturnotizen

Werner Fink ist der Direktor des „Theaters der Jugend“ in Stuttgart begetretet. Er wird hier als Schauspieler und Regisseur tätig sein und innerhalb dieses Theaters ein Studio einzurichten.

Der bekannte Pianist Moritz Rosenthal starb in New York im Alter von 83 Jahren. Rosenthal war einer der letzten Schüler und Freunde Franz Liszt's, (dona-Meldung)

Die Karlsruher Sopranistin Felice Scheller sang am Sonntag, den 8. 9., zur Teatstunde von 17 Uhr an der Südwestbank Baden-Baden.



